

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgeheilte Koloniel-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kreisprediger: Ruit 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 5. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Quousque tandem?

Wie lange noch werden sie die Gebuld der Völker auf die Probe stellen, die Männer des Militarismus und des Marinismus?

Seit Wochen jagt eine Nachricht über Mehrforderungen des Molochs die andere. Mit der Marine-Lollheit fing es an. Hunderte von Millionen sollen den deutschen Steuerzahlern mehr ausgepreßt werden für Kriegsschiffe. Und was war die Wirkung? Sobald unsere Absichten an die Öffentlichkeit gelangten, vergrößerten Rußland und Frankreich, mit denen wir wetteifern wollten, ihre Marinebudgets um einen noch höheren Betrag; und in England fragt man sich, ob das Mehr bloß verdoppelt oder gleich vervierfacht werden soll.

Kaum war der erste Marineschrecken vorbei, so bricht der Artillerieschrecken herein. Seit Jahren ist es ein öffentliches Geheimniß, daß unsere deutsche Artillerie den Anforderungen der Gegenwart nicht genügt, daß sieberhofft daran gearbeitet wird, eine neue Kanone herzustellen, die besser ist als die französische, und die Herstellung solcher Kanone möglichst zu fördern, ehe die Franzosen Wind davon bekommen. In Frankreich aber läuft dasselbe öffentliche Geheimniß auf den Straßen herum; und die Franzosen sind genau so eifrig besessen wie die Deutschen, die beste Kanone zu erfinden und heimlich einzuführen. Und Millionen werden seit Jahren von Frankreich auf Auspionieren der Deutschen, in Deutschland auf Auspionieren der Franzosen verwandt. Und nun, wo man hüben und drüben dahinter kommt, daß man keine Geheimnisse vor einander hat, plagt gleichzeitig in Frankreich und in Deutschland die Nachricht hernieder, daß die Umwandlung der Artillerie beschlossene Sache ist und hunderte — viele hunderte von Millionen kosten wird. Der Unterschied von hüben und drüben ist nur der, daß die Franzosen sagen, die Deutschen — die Deutschen, die Franzosen hätten angefangen.

Und der Artillerietausch ist auch schon in die anderen Militärsachen gefahren; in Oesterreich z. B. sollen 100 Millionen Gulden — 170 Millionen Mark — für die Erneuerung des Geschützmaterials gefordert werden. In Deutschland und Frankreich wird's ungefähr doppelt so hoch kommen. Das macht für Deutschland, Frankreich und Oesterreich allein nahezu eine Milliarde — tausend Millionen Mark.

Auch mit dem Flotten- und Artillerieschrecken ist's nicht genug. Als dritter im Bund tritt der Infanteriegewehrsrecken hinzu. Unser Achtmillimeter-Gewehr ist längst veraltet — das pfeifen seit Jahren die Spahen von allen Dächern. Das französische Gewehr ist wieder — wie auch vor dem letzten Krieg — besser, das heißt mächtiger als das deutsche. Und die Franzosen sind mit diesem besseren Gewehr nicht einmal zufrieden, sondern wollen ein noch besseres anschaffen, das auf noch weitere Entfernungen noch scharfere, noch tödlichere Wunden versetzt. Da „kann man natürlich nicht zurückbleiben“, sagen die deutschen Militärs. Und das kostet die Deutschen, Franzosen und Oesterreicher auch ein fettes Milliarden. Macht zwei Milliarden für Kanonen und Flinten, und noch viel, viel mehr für die Marinelollheit.

Und das schönste ist: hüben und drüben, in Frankreich, Deutschland und den anderen Ländern weiß man, und spricht es aus: es ist alles für nichts! Denn jeder Fortschritt des einen bedingt einen Fortschritt des anderen — und das Machtverhältnis bleibt das gleiche.

Nach den Umgestaltungen sind wir ganz genau so weit wie vorher — schreibt mit Salzenhumor der Verfasser des jüngst von uns mitgetheilten offiziellen Artikels im „Hamburger Korrespondent“.

Und Milliarden ausgeben, um hintennach „ganz genau so weit zu sein, wie vorher“ — ist das nicht der helle Wahnsinn?

Ist das nicht: das Geld zum Fenster hinaus werfen? Nein — es ist viel schlimmer. Hätte Deutschland die vierzehntausend Millionen, die es seit dem Krieg mit Frankreich für Militär- und Marinezwecke verausgabte, einfach zum Fenster hinausgeworfen, und hätten die Franzosen das Rämliche gethan — wie unendlich besser ständen wir da als gegenwärtig! Wie viel reicher und glücklicher wären wir, denn die beste Arbeitskraft der Nation wäre nicht für kulturfeindliche Zwecke vergeudet worden.

Nachdem die Vertreter des Militarismus selbst unumwunden zugestanden haben, daß die Steigerung des Militarismus in Wahrheit keine Steigerung ist, sondern daß, weil alle Konkurrenten in gleichem Maße steigen, thatsächlich alles beim alten bleibt — ist es hohe Zeit, daß die Völker sich ermannen und durch internationale Verständigung das Ende dieses selbstmörderischen Wahnsinns zu erreichen suchen.

Frankreich im Jahre 1896.

Paris, 1. Januar 1897.

Ein ereignisreiches, bewegtes, aber ganz ergebnisloses Jahr hat Frankreich hinter sich. Ergebnislos, wie ich gleich hinzufügen will, in unmittelbarem, handgreiflichem Sinne des Wortes und unter dem allgemein politischen Gesichtspunkt. Denn die wichtigen Ereignisse des abgelaufenen Jahres können unendlich ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung bleiben. Auf dem Gebiet der sozialistischen

Bewegung andererseits sind auch handgreifliche Erfolge zu verzeichnen.

Das Jahr begann unter dem vielversprechenden demokratischen Ministerium Bourgeois, es endete unter dem reaktionären Ministerium Meline — darin kommt drastisch die jämmerliche Haltlosigkeit der Kammer zum Ausdruck, die nach einem Schritte vorwärts zwei Schritte rückwärts gethan hat.

Der Parteistampf tobte heftig das ganze Jahr hindurch, die parlamentarische Mühle arbeitete geräuschvoll, ohne auch nur eine Hand voll Mehl dem erwartungsvoll aufhorchenden Lande geliefert zu haben. Ein deutlicher Beweis, daß die sich um die Leitung der Mühle streitenden Triebkräfte einander ungefähr die Waage halten, sich gegenseitig aufheben. Daß aber nach jahrelangem prinzipiellen Eintrüppeln auf demselben Fied, wobei der politische Kampf immer wieder in einem bloßen Personenswechsel der leitenden Minister auslief, endlich um Prinzipien, um grundlegende Reformen gekämpft, daß der erste Versuch gemacht wurde, die Republik den Händen der Bourgeoisie zu entwinden, das ist eine folgenschwere Wendung. Und der klar zu Tage liegende Grund davon ist das Wachstum des Sozialismus. Wenn nämlich dieselbe radikale Partei, die mit demselben politischen Personal bis dahin ihr altes Programm nur zur Wahlzeit hervorholte, in der Praxis aber mit den Bourgeoisrepublikanern die Einseitigkeit der Wähler besorgte, überstob, um diesen Preis in den sogenannten „Konzentrations“-Ministerien ein paar Portefeuilles zu erschandern, wenn diese Partei nun sich ihres demokratischen Ursprungs erinnert und ihren früheren Geschäftskompagnons den Krieg erklärt hat, — so nur deshalb, weil der wachsende Einfluß des Sozialismus nicht nur auf die Arbeiterklasse, sondern auch auf das Kleinbürgertum, d. h. auf die Schichten, welche vornehmlich die politische Gefolgschaft der radikalen Partei bilden, ihr immer mehr den Boden unter den Füßen zu entziehen droht. So kam es, daß der linke Flügel der Radikalen unter Aufnahme einiger staatssozialistischer Forderungen ins alte Programm sich die Bezeichnung „sozialistisch-radikal“ zugelegt und die gesamte Partei mit Hilfe der proletarischen Sozialisten unter dem Ministerium Bourgeois einen ersten Anlauf zu einer demokratischen Reformpolitik gemacht hat.

Indes die Nachwirkungen der Vergangenheit der radikalen Partei und namentlich ihres Ministerpräsidenten mußten sich geltend machen. Léon Bourgeois, eine ausgesprochene Kompromisnatur, wich vor dem allerdings äußerst wütenden Ansturm der Bourgeoisie zurück. Das auf der französischen Geschichte der letzten hundert Jahre beruhende Wort, daß es keine enragierteren Politiker gebe als die „Gemäßigten“, bewährte sich aufs neue, ebenso wie der bornierte Klassengeizismus der französischen Bourgeoisie. Der Senat, der wegen seines Wahlmodus die heilige Furcht vor den Wählern nicht kennt, von jeder eine fortwährend wirkende Weisheit in der Republik, leitete den Angriff auf das demokratische Ministerium mit einer Wuth, als ginge es der Bourgeoisie an Hals und Krone, während die lächerliche Reform des Ministeriums, die progressive Einkommensteuer, ihr bloß ein klein wenig an den Geldbeutel gehen wollte, um die Steuerlasten in der Republik annähernd in demselben Maße auszugleichen, wie dies bereits auch in mehreren Monarchien geschehen ist.

Léon Bourgeois kapitulirte, als ihm der Senat die von der Kammer bewilligten Kredite zum Unterhalt der Madagascartuppen verweigert hatte. Der ehemalige Präsekt und mehrmalige Minister in farblosen opportunistisch-radikalen Kabinetten schreckte vor dem zu einer revolutionären Situation sich zugepfänderten Konflikt zurück.

Die Rückkehr zum alten Schlandrian, die Wiederaufnahme des opportunistisch-radikalen Halbpartgeschäfts wurde aber unmöglich. Schon in den ersten Wochen des radikalen Kabinetts hatten sich die Parteiverhältnisse gründlich verschoben. Sämtliche Bourgeois-Elemente ohne Unterschied des politischen und religiösen Ausschüßes vereinigten sich zum gemeinsamen Kampfe gegen die von Kleinbürgerlichen und proletarischen Elementen unterstützte Regierung. Gelbsachs-Republikaner und Monarchisten, Freidenker und Alexikale schlossen sich schweigend ein durch die gemeinsamen Klasseninteressen fester als durch formelle Abmachungen zusammengehaltenes Bündniß. Diese ordnungsparteiliche Koalition hat dann das Ministerium Meline bis auf den heutigen Tag an Ruher erhalten, wie andererseits das parlamentarische Zusammengehen der Radikalen und Sozialisten unverändert fortbauert.

Der Konflikt zwischen dem Senat und dem radikalen Ministerium hat außerdem die Frage der Verfassungsrevision wieder in den Vordergrund gerückt. Die am 3. Januar 1897 stattfindenden Senatswahlen endeten auf dem Boden der Verfassungsrevision (Beschränkung der Befugnisse des Senats) aufgesodeten. Gelingt es den vereinigten Radikalen und Sozialisten, in diesen Wahlen bedeutende Erfolge zu erzielen, dann, aber auch nur dann werden die Aussichten der Revisionsbewegung steigen, sowie die Situation des senatsfeindlichen Kabinetts Meline bedenklich erschüttert werden.

Praktisch ist freilich, wie bemerkt, nichts geleistet worden. Die progressive Einkommensteuer, die unter Bourgeois von der Kammer im Prinzip votirt worden war, unterlag in derselben Kammer unter Meline. Und die verhängte Meline'sche Steuerreform wurde von der Regierung vorsichtig und freudig zwecks „Umänderungen“ zurückgezogen, da namentlich die darin vorgesehene Rentensteuer auf heftigen Widerstand in den Reihen der Regierungsmehrheit gestoßen war.

Dieselbe Oede auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Die Novelle zum mangelhaften Frauen- und Kinderzuschuß-Gesetz vom 2. November 1892 verfiel nach dem Tagesordnung mitten in der ersten Beratung, nachdem sie eine denkwürdige Zukunftsstaats-Debatte veranlaßt hatte, die unseren Genossen einen glänzenden propagandistischen Erfolg einbrachte. Der Gesetzentwurf des radikalen Kabinetts betreffend den Schutz der Koalitionsfreiheit vermittelst Strafbestimmungen gegen die sie verletzenden Unternehmer und betreffend die Verbesserung des Einigungsverfahrens bei Streiks schlummert bis heute in den Archiven der Arbeitskommission der Kammer, ebenso wie die zahlreichen sozialistischen Arbeiterschutz-Anträge. Die Kammer hat zwar im Beginn der Herbstsession beschlossen, gegen Freitag der sozialen Gesetzgebung zu widmen. Auf Verlangen Meline's wurde aber der Beschluß umgestoßen, um an den Freitagen das Rossen- und Runkelwein-Gesetz zum Schutze der reichen Weinbauer zu stande zu bringen. Das Haltpflicht-Gesetz, mit dem Kammer und Senat insofern der hartnäckigen Verschleppungs- und Verhinderungstaktik

des Lehrers seit einem Duzend Jahren Fangball spielen, wurde vom Senat zum zweiten Mal an die Kommission zurückgewiesen.

Der Zarenbesuch ist noch in so frischer Erinnerung, daß daraus nur der Vollständigkeit halber kurz verwiesen werden mag. Die neuliche, von sozialistischer Seite hervorgerufene franko-russische Debatte hat ebenso wie die Debatte über die französische Orientpolitik bis zur Evidenz gezeigt, daß der patriotische Zarenbesuch eine Selbsttäuschung war. Auf dem Gebiet der äußeren Politik bedeutet die Zarenfreundschaft für Frankreich vor wie nach der „historischen“ Oktoberwoche die unbedingte Unterordnung unter die Interessen Rußlands, wofür Frankreich den Vorkurs genießt, vom geldbedürftigen Zarenthum händereichst angepumpt zu werden. Die Bourgeoisie läßt sich übrigens gern anpumpen, nicht nur wegen der immerhin regelmäßig gezahlten Zinsen, sondern auch weil die Zarenfreundschaft in der inneren Politik verwerthet werden kann. Hat doch die Ordnungspartei im Parlament und in der Presse gegen das radikale Kabinet auch die durch dessen Reformpolitik angeblich gefährdete Zarenfreundschaft als Sturmbod in Bewegung gesetzt. Und wer weiß, ob das Kabinet Meline nicht bereits in der Herbstsession das Zeitliche gesegnet haben würde, wenn es nicht durch die Zarenberührung für die nächste Zeit tabu geworden wäre.

Die sozialistische Bewegung hat auch im abgelaufenen Jahre gute Erfolge erzielt. In den Gemeinderatswahlen des Monats Mai ist sowohl die Stimmen- und Mandatanzahl wie die Zahl der gewonnenen Gemeinderäte gestiegen. Ziffermäßige Angaben liegen vor über die Erfolge der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, deren Organisation über ganz Frankreich verbreitet ist und, abgesehen von Paris, immer mehr sich zur einzigen sozialistischen Partei-Organisation auswickelt. Im Vergleich mit den Gemeindevahlen von 1892 ist ihre Stimmzahl von 157 000 auf über 300 000 gestiegen. Der Verlust von ein paar kleineren Gemeinden fällt ganz außer Betracht neben den neugewonnenen großen Städten, wie Lille, Calais, Rouen. Die Gemeindevahlen haben ferner den wachsenden Einfluß der Partei unter der ländlichen Bevölkerung bewiesen. — In den Kammer-Nachwahlen wurden zwei Sitze erobert (Sauturier in Neuilly und Gabriel Deville in Paris) und zwei am letzten Sonntag wieder verloren (Sauturier's und Prudent-Derozier's Sitze), aber auch in den letzteren Fällen hat sich die sozialistische Stimmzahl vermehrt.

Von großer Bedeutung für die Zukunft des französischen Sozialismus ist der Schritt zur Einigung, der am 30. Mai in der Pariser Festversammlung gethan worden ist, wo die Vertreter der verschiedenen Fraktionen (mit Ausnahme der Allemanisten) den Gemeindevahltag gemeinsam feierten. Es wurde ein Einigungsprogramm angenommen, dessen drei Punkte (Bergesellschaftlichung der Produktionsmittel, Eroberung der politischen Macht, internationales Zusammengehen der Arbeiter) die Grundzüge der internationalen Sozialdemokratie reproduzieren. Die Spaltung der französischen Delegation auf dem Londoner Kongreß hat an jenem Einigungsschritt nichts geändert. Die Blanquisten, die in London mit den allemanistisch-anarchistischen Delegirten zusammenstießen, halten nach wie vor an der früheren einigungsfeindlichen Taktik fest. So zog sich in der letzten Pariser Stichwahl der blanquistische Kandidat Turot zu gunsten des in der Hauptwahl meistbegünstigten sozialistischen Kandidaten zurück. Daß der betreffende Pariser Bezirk verloren ging, zeigt freilich, daß nur die organisatorische Verschmelzung der sozialistischen Richtungen vor Milderung wirksam zu schätzen vermöchte.

Auf gewerkschaftlichem Gebiet sind zwei wichtige Thatsachen zu verzeichnen: die Wiedereröffnung der Pariser Arbeitsbörse und die Errichtung der Arbeiter-Glashütte in Albi. Letztere ist ja hauptsächlich durch die Gewerkschaften und zur Abwehr des Angriffs Messguier's auf die Gewerkschaft der früheren Carnagner Glashütter gegründet worden. Die Pariser Arbeitsbörse vereinigt 72 Gewerkschaften mit 139 280 Mitgliedern. Die Zahl der Streiks hat — nach den bisher für die ersten neun Monate des Jahres vorliegenden amtlichen Angaben zu urtheilen — im Vergleich mit der gleichen Periode der Jahre 1894 und 1895 zugenommen, ebenso die Zahl der Streikenden. Die respektiven Zahlen sind: 1894 318 Streiks und 89 498 Streikende; 1895 330 und 89 331; 1896 400 und ca. 44 000. Von mehr als lokaler Bedeutung waren nur der durch eine Lohnreduktion hervorgerufene Ausstand der Kohlengräber im Gard-Departement, an dem 2120 Arbeiter theilnahmen und der mit einem Erfolg endete, und der mit einem Ausgleich beendete Eisenstreik im Nord-Departement (1184 Streikende in Elke, Moubaitz, Tourcoing und Croix).

Politische Ueberläßt.

Berlin, 4. Januar 1897.

Einer Geschichtsfälschung macht sich das bayerische Bismarck-Blatt, die „Allgemeine Zeitung“ schuldig. Dieses Friedrichsruher Neptil, das zusammen mit der Wittkowskischen „Zukunft“, den „Hamburger Nachrichten“ und deren Messchen, dem „Klabberradatsch“, das am 1. liche Friedrichsruher Pressquartett bildet, verbreitet jetzt, es sei falsch, daß der deutsche Kaiser 1890 für das Erlöschen des Sozialistengesetzes gewesen sei. Diese „Berichtigung“ ist falsch und nur eine Wiederaufwärmung des Märchens, das im Herbst 1890 von dem „treuen Vassal“ aus dem Sachsenwalde kolportirt ward, damit der geliebte Souverän, der „sein eigener Reichskanzler sein wollte“, bei den Sozialisten nicht allzu populär werde — allerdings eine höchst merkwürdige Sorge.

Allerdings war der Kaiser für die Beseitigung des Sozialistengesetzes. Es ist dies zwar politisch eine ganz gleichgültige Thatsache, muß aber aus Rücksicht auf die geschichtliche Wahrheit festgestellt werden.

Der Kaiser war zu jener Zeit der Anschauung, durch die Februar-Erlasse und einige Konzeptionen nach englischen Muster die Masse der Arbeiter von der Sozialdemokratie loslösen und diese selbst spielend matt setzen zu können. Seine Aeußerung aus damaliger Zeit ist bekannt: „Die Sozialdemokraten nehme ich auf mich.“

Nun — der deutsche Kaiser hat gefunden, daß die Logik der Thatsachen stärker ist, als der Wille der Monarchen. Die Februar-Erlasse scheiterten an dem Kapitalismus, der sich keinen philanthropisch-ideologischen Regungen unterordnet. Die deutschen Arbeiter sind nicht fahnenflüchtig geworden. Die Konzeptionen nach englischem Muster sind fromme Wünsche geblieben; das bishige Sozialreform ist „eingefroren“; und die Sozialdemokratie wächst und gedeiht mit den wachsenden Verfolgungen und dem wachsenden Haß ihrer Feinde. —

Einer der „Paladine“. Am 5. Januar wird der hundertste Geburtstag eines der „Paladine“ des alten Kaisers Wilhelm, des Generals Vogel v. Falckenstein begangen. Von seinen Ruhmesthaten weiß die Geschichte schon sehr nichts zu erzählen; im Kriege 1866 erhielt er den Oberbefehl über die Mainarmee, der ihm jedoch bereits am 19. Juli entzogen und dem General v. Manteuffel übertragen wurde. Wenn Vogel damals eine gewisse Popularität erlangte, so hat er es wohl nur dem Umstande zu danken, daß sein Nachfolger, bekannt durch sein Duell mit dem Abg. Zweifeln, in dem Rufe der äußersten kirchlich und politisch reaktionären Gesinnung stand. Bei Beginn des Krieges von 1870 wurde Vogel zum Generalgouverneur der Nord- und Ostsee-Provinzen ernannt und in dieser Stellung fand er das Feld, auf dem er seine sehr zweifelhaften Lorbeeren erntete. Mit der Schlacht bei Sedan und der Gefangennahme Napoleons nahm der Krieg eine neue Wendung an; aus dem Verteidigungskrieg gegen Napoleon wurde ein Eroberungskrieg gegen Frankreich, und es galt, die Stimmen zu unterdrücken, welche sich gegen diesen Wandel erklären wollten. Hierfür war Vogel von Falckenstein der geeignete Mann. Er hatte die Macht und der herrschende Belagerungs-Zustand gab ihm auch das „Recht“, unter Erfüllung gewisser Formen sich über die Bestimmungen zum Schutze der bürgerlichen Freiheit hinwegzusetzen. Aber was kümmerten den General auch nur die gesetzlichen Bestimmungen über den Belagerungs-Zustand. Er hatte die Gewalt und übte sie. Am 9. September ließ er den Ausschluß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der in Braunschweig seinen Sitz hatte, Bracke und Genossen, verhaften und in Ketten nach der ostpreussischen Festung Loetzen abführen. Einige Tage darauf wurde den Königsberger Demokraten Johann Jacoby und Max Herbig dasselbe Schicksal zu theil, nur daß hier die Ketten fortfielen. Zugleich wurden die Versammlungen der Sozialdemokratie und der Volkspartei im Bereiche der Herrschaft des Generals verboten, auch wurden die Verhaftungen weiter ausgedehnt. Eine rechtliche Sühne für die widerrechtlichen Handlungen des nur „dem König“ verantwortlichen Generals war ausgeschlossen; nur den Braunschweiger Verhafteten gelang es, den General in einer Entschädigungs-Klage vor den Braunschweiger Gerichten für seine Gewaltmaßregeln haftbar zu machen. Das Braunschweiger Obergericht zeigte Unabhängigkeit genug, sich nicht von streng-rechtlichen Grundsätzen abirren zu lassen. Und so wurde der General zu einer nicht unbeträchtlichen Entschädigungssumme verurtheilt, die er unseren Genossen zu zahlen hatte. Seine letzten Lebensstage wurden nicht gerade durch den Besuch des Gerichtsvollziehers verschönt, bis die unliebsame Sache durch die Zahlung der Schuld von höherer Stelle beseitigt war. Der General selbst war noch vor seinem Tode so gut wie verschollen; von allen seinen „Ruhmesthaten“ bleibt nur die Loetzen-Affaire im Gedächtnis, sein Name ist unverwundbar mit der Geschichte der Sozialdemokratie verknüpft; im übrigen — wer kennt ihn noch? Versunken und vergessen! —

Eine kaiserliche Verordnung gegen das Duell soll am Neujahrstage erlassen worden sein. Ihr Wortlaut ist noch unbekannt, deshalb glauben wir, die Kommentierungen der regierungsfremden Blätter, wonach durch diese Verordnung die Duellleidenschaft endlich einmal aufhören würde, mit aller Vorsicht aufnehmen zu sollen. —

Zur **Duellfrage** äußert sich der Leipziger Jurist, Professor Binding in einem lesenswerthen „Zweikampf und Ehrengericht“ überschriebenen Artikel der „Deutschen Juristen-Ztg.“ u. a. folgendermaßen:

Wenn es wissenschaftlich unanfechtbar ist, daß die Ehre durch die Beleidigung nicht verletzt wird, daß der Beleidigte also einer Wiederherstellung derselben nicht bedarf und durch den Kampf mit einem Menschen vielleicht sehr zweifelhaften Wertes schlechterdings nicht erlangen kann, und wenn die Rache nicht geradezu zur Pflicht des Beleidigten gestempelt werden soll, so darf eine Duellpflicht der Offiziere nicht länger anerkannt werden. Die Aufhebung dieses Nothstandes wäre der erste große, unendlich segensreiche Fortschritt auf dem Boden des militärischen Ehrenrechtes. . . . Es wäre ein großer Sieg mitten im Frieden! Es giebt der ehrenhaftesten Motive genug, die einen Offizier zur Unterlassung oder zur Ablehnung einer Forderung bestimmen können. . . . Was giebt es Schöneres, als die gefestigte Selbstachtung des Beleidigten, der weiß, daß seine Ehre unverletzbar ist und deshalb stolz verächtlich herabsehend auf den moralisch vielleicht tief unter ihm Stehenden, der ihn zu befördern vergeblich versucht hat? Und gehört nicht in einem nationalen Heere, das nicht aus Söldnern geworden wird, deren Sold allein für ihren Rath bezahlt wird, das Leben des Kriegers allein dem Staate, dem er es im ernstesten Augenblicke zu opfern hat?

Der Offizier hat keine Ehre, die sich irgend von der der anderen Menschen unterscheidet. Nur legt ihm die Zugehörigkeit zu einem Berufsstande genau wie allen andern Beamten, zu denen er ja staatsrechtlich zweifellos gehört, außer den allgemeinen Pflichten noch besondere Berufspflichten auf, und seine Standesehre besteht dann darin, diese Pflichten neben den anderen, aber nicht auf deren Kosten zu erfüllen. Aber in einem Punkte separirt sich seine Stellung doch in etwas. Er trägt die Waffe, steht bei in Amtstracht, er ist der augenfällige Repräsentant der Wehrhaftigkeit und Unangreifbarkeit des Staates. Es ist für die meisten Fälle eine ganz richtige Empfehlung, daß er die Beleidigung nicht auf sich sitzen lassen dürfe, sondern gegen sie vorgehen müsse — und durchaus nicht allein um seiner selbst willen. Ist ihr Urheber ein anderer Offizier, so können jetzt die militärischen Ehrengerichte ihre segensreiche Thätigkeit entfalten. Sie haben zu prüfen und zu entscheiden, ob die Beleidigung wirklich oder nur vermeintlich vorliegt, und was der Beleidigte zu thun habe, um dem Beleidigten Genüge zu thun und seinen Ruf zu reparieren. Dies Urtheil dürfte nie direkt oder indirekt auf Zweikampf lauten und seine Vollstreckung müßte als genügende Satisfaktion für den Beleidigten gelten. —

Der **Prozeß Tausch** soll anfangs Februar stattfinden, ca. 80 Zeugen sind geladen. —

Zu einer sogenannten „Berichtigung“ **Normann-Schumann's**, die dieser Tage durch die bürgerliche Presse ging, befinden sich folgende Sätze:

„Wie bereits aus der am 2. cr. vom „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Verhandlung des von mir eingeleiteten Prozesses contra Hölmer hervorgeht, war ich über neun Jahre lang offiziell beim hgl. Polizeipräsidium als ordentlicher Hilfsarbeiter, zuletzt mit einem Jahresgehalt von 4000 M., angestellt und bearbeitete als solcher nur allgemeine politische Angelegenheiten. Ich bewies bereits 1893 vor einem ad hoc gebildeten sozialistischen Abgeord-

netengericht, daß meine amtliche Qualität jedermann, mit dem ich damals in Verbindung kam, durchaus bekannt sein mußte. Daraufhin verjagte der „Vorwärts“ auch mich mit sogenannten Vertrauensmännern in einen Topf zu werfen.“

Wir haben hierzu zu bemerken, daß vor einigen Jahren auf Ansuchen Schumann's, den der „Vorwärts“ auf Grund vom Auslande erhaltenen Berichte als Vorkämpfer brandmarkt, eine Unterredung in der Privatwohnung Liebfuchts stattfand, bei welcher auf dessen Einladung Singer anwesend war. In dieser Unterredung versuchte Normann-Schumann den Nachweis zu führen, daß seine politisch-polizeiliche Thätigkeit sich nicht gegen den „Vorwärts“ und die Sozialdemokratie gerichtet habe. Von diesen Mittheilungen nahmen die beiden Abgeordneten Kenntniß, ohne ein Urtheil über Normann-Schumann zu formulieren. Hierzu lag weder formell ein Grund vor noch fanden sich unsere Genossen veranlaßt, eine Ansicht über die moralische Qualität des Herrn zu äußern. Die in den letzten Zeilen der „Berichtigung“ behauptete Wirkung jener Unterredung besteht nur in der Phantasie des Berichtigten.

Zum **Streik der Börseaner** schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Wenn die liberalen Blätter das Vorgehen der preussischen Börseaner genügend in die Augen des Kampfes darstellen möchten, so ist das eine schlimme Uebertreibung. Börseprofit gegen Agrarprofit. Doch muß es den Börseanern vor allem erst gelingen, alle Getreidehändler zum Anschluß an ihre „Bewegung“ zu bestimmen und dann den Lieferungsgeheimnissen eine Form zu geben, auf die das neue Börsegesetz keinen Einfluß hat. Die agrarische Gesetzgebung der Herren Miquel und Genossen hat schon mit der neuesten Erhöhung der Zuckerpromie einen Schiffbruch erlitten; ein zweiter Mißerfolg dieser agrarischen Volksauswanderer könnte nicht schaden. Auch ist es für uns Sozialdemokraten recht vergnügend, zu hören, wie die Vertreter des beweglichen und des Grundbesitzkapitals sich wechselseitig im entbrannten Streite vorzählen, was jeder aus dem Schweiß des Volkes und den Taschen der Steuerträger gewinnt. Aber wenn die liberalen Blätter Deutschlands von diesem Kampfe das Wiedererwachen des Selbstbewußtseins im Bürgerthum erhoffen, wird sich das wohl als eine schlimme Täuschung erweisen. —

Deutsches Reich.

— **Neuester Rettungsversuch des Handwerks.** Die Subkommission des Bundesraths, die mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs der Handwerksorganisation betraut worden war, hat ihre Arbeiten beendet und die Vorlage geht jetzt in einer dritten Fassung an das Plenum des Bundesraths zurück. Der neue Entwurf soll eine Mittellinie zwischen den Anschauungen der preussischen Regierung und denen der süddeutschen Staaten bilden. Wir können uns also auf ein neues Aufblühen der Agitation unter den Handwerkern gefaßt machen. —

— **Kampf der Offiziellen gegen die Antisemiten?** Das antisemitische „Deutsche Wochenblatt“ in Nordhausen ist mit Nr. 39 des 1. Jahrgangs selig entschlafen. Als Grund führt das Blatt an: „Wir sind trotz zureichender Abonnentenzahl und kräftiger Unterstützung seitens der Gesinnungsgenossen in Stadt und Land zu diesem Schritte gezwungen, weil der bisherige verantwortliche Schriftleiter unseres Blattes, Herr Buchdruckereibesitzer Witt, den Verlag des hiesigen Kreisblattes übernommen hat und dadurch auf eine Weiterführung der Redaktionsgeschäfte verzichten mußte.“ —

Wiesbaden, 4. Januar. Eine vom Landesauschuß der freien Volkspartei in Nassau einberufene und aus allen Theilen des Landes zahlreich besuchte Versammlung beschloß eine Resolution an das Abgeordnetenhaus, worin um Abänderung von Bestimmungen der Landgemeinde- und Städte-Ordnung gebeten wird, dahin gehend, daß den Gemeinden größere Freiheit in der Selbstverwaltung gesichert werde. —

— **Der frühere Reichstags-Abgeordnete für Mecklenburg-Strelitz, Oberhauptmann und Kammerherr Heinrich v. Döring**, ist auf seinem Gute Brunz gestorben.

Heinrich v. Döring gehörte zu den persönlich sympathischen Jüngern des Reichstages, zu der Art, die innerhalb und außerhalb des Parlaments fast ganz ausgestorben ist. —

Oesterreich.

— **Für die Zulassung der Frauen zu allen Studien und Berufsarten** trat bei der Beratung der Statuten von Hochschulen der Abgeordnete Kronawetter ein. —

Schweiz.

Bern, anfangs Januar. (Sig. Ver.) Der Nationalrath, der eben seine erste kurze Session beendet hat, zählt nach einer Zusammenstellung der „Basler Nachr.“ unter seinen 147 Mitgliedern 53 Staatsbeamte, 27 hohe Offiziere, 23 Advokaten, 15 Fabrikanten und Industrielle, 9 Landwirthe, 8 Kaufleute, 7 Professoren, 7 Rentiers, 6 Redakteure, 6 Ingenieure, 3 Aerzte, je 2 Fortschmeister, Bahndirektoren und Bankiers, und je 1 Hotelier, Baumeister und Thierarzt. Von den 44 Ständeräthen sind 30 kantonale Wärdenträger. Einen Fabrikarbeiter trifft man also in den eidgenössischen Parlamenten nicht; ein solcher könnte nur ein eifriger Sozialdemokrat sein, dann hätte er aber schon vorher in keiner Fabrik mehr Arbeit erhalten. Aber selbst wenn das nicht der Fall, also ein aktiver Fabrikarbeiter gewählt würde, so würde er bei den drei bis vier mehrtägigen Sessionsen der Bundesversammlung aus der Fabrik hinauszufliegen, da einen solchen unständigen Arbeiter kein Fabrikant gebrauchen könnte. Es wird aber in der Schweiz kein Fabrikarbeiter in ein Parlament gewählt, sondern nur Leute von Rang und Stand, d. h. es muß selbst ein sozialdemokratischer Kandidat schon einige kleinere öffentliche Würden haben, ehe er in den Besitz der höchsten, der eines Nationalraths, gelangen könnte. —

Zürich, anfangs Januar. (Sig. Ver.) Im Kanton Zürich hat der demokratische Regierungsrath Wipf aus wirklichen, nicht diplomatischen Gesundheitsrücksichten demissionirt und ist nun für ihn eine Ergänzung zu treffen. Die Liberalen wollen hierfür den streberischen Advokaten Dr. Haab in Wädenswil, die Demokraten den Direktor der landwirthschaftlichen Schule in Zürich, Lüh, ausstellen und die Sozialdemokraten haben beschloffen, den sozialdemokratischen Stadtrath (Magistratsrath) Ernst in Winterthur zu partiren. Ernst, früher Sekundarlehrer, ist ein tüchtiger Mann und würde die Arbeiterschaft in ihm einen zuverlässigen Vertreter in der Regierung erhalten. Ob er aber gegenüber den anderen Kandidaten gewählt werden wird, ist natürlich eine andere Frage; indeß ob gewählt oder nicht, die Hauptsache ist, daß die sozialdemokratische Partei auch bei der Regierungsraths-Wahl selbständig in die Bewegung eintritt und nicht einen Rückfall in die Rolle der Schleppträgerin der demokratischen Partei erlitten hat. Bei einer konsequenten, charaktervollen Taktik erst erhält das Proletariat Zutragen zur sozialdemokratischen Partei, erst dann wird es sich derselben anschließen, wobei die Sozialdemokratie ebenso mächtig anwachsen, wie die Arbeiterschaft sittlich, sozial und politisch gehoben werden wird. —

Frankreich.

— **Die theilweisen Erneuerungswahlen des Senats**, die den letzten Sonntag stattfanden, haben selbstverständlich an der Zusammensetzung dieses parlamentarischen Gemischts der Entwicklung Frankreichs nichts ändern können, sie bedeuten aber trotzdem eine Schlappe für das reaktionäre Kabinett Delcassé, da eine Reihe seiner Anhänger den radikalen Kandidaten unterlegen sind. Beachtenswert ist für uns vor allem, daß der elende „Sozialistenobster“ Constans, an dessen Namen das Blut von Fourmies noch klebt, nicht durchdringen konnte. Nach dem endgültigen Ergebnis der gestrigen Senatswahlen einschließlich der Stichwahlen wurden gewählt 64 Republikaner, 21 Radikale und 12 Konservative. Die radikalen und die sozialistischen Blätter von

Paris bezeichnen die Wahlen unter Hinweis auf die neugewonnenen Mandate als ein Merkmal dafür, daß ihr Reformprogramm neue Bevölkerungsklassen erobert habe, und sprechen ihre besondere Genugthuung aus über die Niederlage Constans' und des Direktors des „Temps“, Adrien Hébert, im Departement Dants-Garonne. —

Paris, 2. Januar. (Sig. Ver.) Das letzte Wort einer gewissen Sorte Anarchismus ist die Diebes- und Falschmünzerei, deren hervorragendere praktische Vertreter nächsten vor Gericht erscheinen werden. Man lache nicht: die abgefaßte Diebes- und Falschmünzerei handelte in Anwendung einer Theorie, die als die äußerste Konsequenz des anarchistischen Individualismus zu betrachten ist. Der Stifter der neuesten anarchistischen „Schule“ ist Julien Sacqué, ein wegen seiner anarchistischen Meinungen abgesetzter Postangestellter. Gleichviel, ob er den „Einzigen und sein Eigenthum“ von Max Stirner kennt oder nicht, die Hauptpunkte seiner Lehren wiederholen mitunter fast buchstäblich Stirners Gedanken. Die Thätigkeit oder gar die Aufopferung für eine Idee sei ein Ueberbleibsel der religiösen Weltanschauung, wenn nicht ein Produkt der Eitelkeit. Daher werden die früheren „Propagandisten der That“, die Henry und Baillant verpödet, alle bisherigen anarchistischen Richtungen als „unmoralisch“ verurtheilt. Am reaktionärsten sei die Idee der Solidarität, die selbst die „unklaren“ Anarchisten in ihrer Banne halte. Selt individualistisch handeln heiße sich ausschließlich um die Interessen des eigenen Ich im größten Sinne des Wortes kümmern. Wozu Bomben werfen, die einem weiter nichts als das Schaffot einbringen? Verschaffen wir uns lieber unmittelbare Genüsse jeder Art. Das beste Mittel dazu ist das allkaufende Geld — treiben wir also Falschmünzerei und stellen wir bei guter Gelegenheit, was uns unter die Hand fällt. Die Verfertigung von Bomben hat daher der Erfindung eines probanten Falschmünzer-Verfahrens und kunstvoller Einbruchs-Werkzeuge Platz gemacht. Vulgäre Verbrecherbanden halten es unter sich mit der rückständigen Solidaritäts-Idee. Die Jünger Sacqué's haben auch das überwinden: sie bestehen und denunziren einander. So hat ein „individualistischer“ Schuster, der von einem Kompagnon befohlen worden war, die gestimmungsgemässigen Lieder der Werke einer Halbwelt-Dame denunziert. . . . Eine kleine Inkonsequenz hat jedoch Sacqué selber begangen, indem er einige Zeit für seine Lehren in der Provinz Propaganda trieb. Sonst wird jede Propaganda als genutzlose Arbeit verschmäht. . . .

Sacqué's Lehren sind dem Verbrechertum, diesem aktiven Theile des Lumpenproletariats aus dem Leib geschneitten. Die aber das Verbrechertum ein Auflösungselement der kapitalistischen Gesellschaft ist, so ist der Sacqué'sche Anarchismus ein Zerfallsprodukt der kapitalistisch-anarchistischen Anschauungen, die das „Ich“ über alles stellen. —

Belgien.

Brüssel, 4. Januar. Die Meldung verschiedener Blätter, der König hätte bei den offiziellen Neujahrswünschen Rücktrittsgedanken geäußert oder auch nur eine Anspielung auf einen Rücktritt gemacht, ist reine Erfindung. Vielleicht geht Monsieur Leopold einmal unfreiwillig. —

England.

— **Flottenvermehrung.** Heute morgen fand in Chatham die Kiellegung des neuen Schlachtschiffes „Goliath“ statt, welches in 20 Monaten fertiggestellt werden soll. Die Länge desselben wird 390 Fuß, die Breite 74 Fuß betragen, das Displacement ungefähr 13 000 Tonnen. In Portsmouth fand die Kiellegung des gleich großen Schlachtschiffes „Canopus“ statt. —

— **Seinen 87. Geburtstag** hat dieser Tage Gladstone, der „grand old man“ gefeiert. Die „Justice“, das Organ unserer englischen Genossen, schreibt, nachdem es anerkannt, daß Gladstone wirklich ein „wunderbarer alter Mann“ ist, hierzu: „Damit ist aber auch alles gesagt, was zu seinen Gunsten angeführt werden kann.“ Bei seinen reichen Kenntnissen und unbestrittenen Fähigkeiten und in anbetacht der vielen und großartigen Gelegenheiten, die sich ihm darbieten, jene zu entfalten, muß sein Leben als Staatsmann als ein verfehltes bezeichnet werden.

„Der große alte Mann“ ist nur zu oft gewesen ein großer alter Fuchser. Es dürfte wohl wenig andere Staatsmänner gegeben haben, die so oft im Unrecht gewesen, für das Unrecht eingetreten sind, und die mehr Schnitzer gemacht und mehr Unheil angerichtet haben, als er. Er hat stets dem Recht sich entgegen-gestellt, bis es zu mächtig wurde; dann hat er sich, um populär zu bleiben, auf seine Seite geworfen und es aufs wärmste vertheidigt.“ Die „Justice“ erinnert dabei unter anderem an die „Sklavensfrage“ und an „Omerule“. —

Italien.

Rom, 2. Januar. (Sig. Ver.) Während in den süditalienischen Städten nur das Eingreifen der Regierung dem Mißbrauch wehren kann, die Bedürfnisse des Gemeindegeldes lediglich durch städtische Konsumzölle auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse aufzubringen, hat in Mailand eine vom dortigen Gemeinderath zum Zwecke der Steuerreform eingesetzte Kommission sich ohne Zututh der Regierung dafür erklärt, daß die städtischen Konsumsteuern (soviel als möglich verringert und die Ausfälle durch Einführung einer städtischen Vermögenssteuer gedeckt werden sollen. Dem Projekte dieser Kommission steht ein gegenseitiges Projekt des Gemeinde-Ausschusses (Stadtraths) gegenüber, welches der Einführung einer Vermögenssteuer entgegentritt und die städtische Konsumsteuer auch auf die Vororte der Stadt ausgedehnt wissen will. Der diesen Kampf zu grunde liegende Konsumgegensatz ist der nämliche in Mailand wie in Säben; hier wie dort handelt es sich darum, ob das allhergebrachte Verfahren der wohlhabenden Klassen, die städtische Steuerlast mittels der Erhebungen der Konsumsteuer ganz überwiegend auf die Schultern der ärmeren Klassen abzuladen, Bestand haben oder abgeschafft werden soll. Der Unterschied ist nur der, daß in Mailand, welches eine streng geordnete Gemeindeverwaltung besitzt, niemals jenes Mißsystem hat Platz greifen können, welches in den Gemeinden des Säbens die Erträge der von den ärmeren Klassen bezahlten Konsumsteuern zum Theil den Gemeindegewinnen entzieht und in die Taschen der herrschenden Gemeinde-oligarchen leitet. Jetzt ist man nun in Mailand überdies zu der Ueberzeugung gelangt, daß mit der formalen Gleichheit in der Verwendung der Gemeindesteuern die Forderungen der Gerechtigkeit noch nicht befriedigt sind, sondern daß schon die Art der Steuer-erhebung, die unverhältnismäßige Belastung der ärmeren Klassen durch Erhebung einer Konsumsteuer, eine Ungerechtigkeit ist. Der Kampf um diese Frage wird in Mailand mit einem Ernst und Eifer geführt, wie er in den süditalienischen Gemeinderäthen nur bei Personalfragen, niemals bei sachlich-prinzipiellen Differenzen zum Vorschein kommt. —

Spanien.

— **Repressalien auf den Philippinen.** Einer Depesche aus Manila zufolge sollen neun Führer der Aufständischen, von denen drei eingeborene Priester sind, morgen erschossen werden. —

Bulgarien.

— **Ein vollständiger Sieg Rußlands** und eine Anerkennung des Fürstenthums ist ausgesprochen mit der vollen Amnestie und der Bewilligung von Pensionen an die bulgarischen Offiziere, die an den Ereignissen vom 9./20. August 1886 theilhaftig waren. Bekanntlich unzugelassen in der Nacht nach dem 20. August 1886 die Beschwörer mit der Kriegsschule, dem Infanterieregiment Struma und dem Artillerieregiment Nr. 1 das Palais von Sofia, nahmen den Fürsten Alexander I. gefangen und brachten ihn nach Neu in Rußisch-Bessarabien, während Major Grjuzow und Kapitän Wenderow eine neue Regierung einsetzten. Nun werden nach 10 1/2 Jahren Amnestie und Pensionen von der Sobranje fast einstimmig bewilligt. Für die bulgarischen Offiziere ist dieses neue Gesetz kein besonderer Ansporn, die Manneszucht zu

erhalten. Interessant ist, daß Russland sich gerade so eifrig bemüht, die Anerkennung des Rechts auf Revolution — freilich bloß in Bulgarien — durchzusetzen. —

Türkei.

— Vom Sultan. Der „Reichswehr“ wird aus Paris telegraphisch: Die für Korrespondent von zuverlässiger Seite erzählt, sind die letzten Ereignisse im Orient auf die Gesundheit des Sultans Abdal Hamid nicht ohne Einfluß geblieben, namentlich hätten seine geistigen Fähigkeiten sehr stark gelitten. Er leidet in gewissen, immer häufiger werdenden Momenten an Verfolgungswahn, behauptet, daß man ihn nach dem Leben trachte, und habe infolge dessen alle türkischen Diener entlassen und zwei junge Frauen berufen, welche Tag und Nacht nicht von seiner Seite dürfen. —

Konstantinopel, 3. Januar. Eine neue Polizeiverordnung hat hier große Erregung hervorgerufen. Danach sollen künftig Privatfestlichkeiten nur dann nach polizeilicher Bewilligung stattfinden dürfen, wenn sämtliche der betreffenden Gesellschaft betreuenden Personen bekannt gegeben sind. —

Kretensisches.

Nach in Rom eingetroffenen Meldungen aus Kreta nehmen die Streitigkeiten zwischen Christen und Muhammedanern daselbst wieder zu, so daß man in aller nächster Zeit dem Ausbruch von neuen Unruhen entgegen sieht. —

Amerika.

Washington, 2. Januar. Der Kreuzer „Besuwins“ und das Dampfschiff „Delphin“ wurden nach den Gewässern von Florida verbannt, um die dort bereits durch zahlreiche Schiffe vertretene amerikanische Flotte zu verstärken, welche sich bemüht, die Freiheits-Expeditionen nach Kuba zu verhindern. —

Jacksonville, 4. Januar. Bei New Smyrna ist der Freiheits-Dampfer „Commodore“ infolge eines Lecks gesunken. Die Mannschaft konnte bis auf 18 Mann gerettet werden. —

Kubanisches. Vom revolutionären kubanischen Komitee in New-York wird gemeldet, daß Maceo noch lebe. Auch der „New-York Herald“ berichtet aus Havana dasselbe. — In den Provinzen Havana und Matanzas haben die Aufständischen die Zuckerfelder gänzlich niedergebrannt. — Auch mit dem zweiten Hauptschlag war es nichts: Weyler ist nach Havana zurückgekehrt. —

Buenos-Aires, 3. Januar. Die Kammer der argentinischen Republik genehmigte in zweiter Sitzung mit 26 gegen 19 Stimmen die Wiederaufnahme des vollständigen Schuldendienstes. —

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Geseu bei Glauchau wurden in der Klasse der Unanfähigen unsere beiden Kandidaten mit großer Mehrheit wiedergewählt. In Grana wurden in beiden Klassen die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt, und zwar die beiden Kandidaten für die Anfähigen mit 118 und 119 Stimmen, während die Gegner nur 90 und 82 erhielten, und der Kandidat für die Unanfähigen, der schon im Gemeinderath saß, mit 247 Stimmen, während die Gegner nur 36 zusammenbrachten. Bei der Wahl in Froburg wurden die bisherigen Mandate behauptet und eins gewonnen. In Daxland wurden in beiden Klassen unsere Kandidaten mit 82 gegen 60 Stimmen der vereinigten Gegner in den Bürgerausschuß gewählt. In der 2. Klasse, wo die Gegner mit 48 Stimmen siegen, brachten es unsere Genossen auf 25 Stimmen.

Die Parteigenossen in Ebersfeld haben im abgelaufenen Berichtsjahre des Vertrauensmannes recht fleißig für die Ausbreitung unserer Ideen agitiert. Außer drei Volksversammlungen, sechs Bezirks-Agitationen und sieben Parteiverfammlungen wurden 12 Agitationstouren auf platte Land veranstaltet, wobei u. a. die Broschüre „Christenthum und Sozialismus“, den Rheinische Volksfreund für 1897 und die „Freie Presse“ in Massen verbreitet wurden. In Ebersfeld selbst sind 800 März-Zeitungen, 30 700 Mai-Flugblätter, 2000 Mai-Festschriften und 200 Protokolle vom Gothaer Parteitag verteilt worden. Die Einnahmen des Vertrauensmannes Ullendorn betragen einschließlich des früheren Jahresbestandes von 76,28 M. insgesamt 3180,60 M., wovon 1103,39 M. durch freiwillige Beiträge einkamen. Die Ausgaben betragen, einschließlich 1000 M., die an die Parteikasse nach Hamburg abgehandelt wurden, alles in allem 3111,98 M., so daß 68,62 M. Ueberschuß blieben. An Gerichts- und Strafen waren aus der Kasse des Vertrauensmannes 65,20 M. zu zahlen.

Genosse Ullendorn, der das Amt des Vertrauensmannes sechs Jahre lang verwaltet hat, lehnte eine Wiederwahl ab. Auf seinen Vorschlag wurde Genosse Stehr zum Vertrauensmann gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Am 2. Januar hat Genosse Mannigel, früher verantwortlicher Redakteur des „Volksblattes für Halle“, eine dreimonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Majestätsbeleidigung auferlegt ist. Er hatte eine Korrespondenz veröffentlicht über eine Verhandlung vor dem Reichsgericht in Leipzig, in welcher die Revision des wegen Kaiserbeleidigung bestrafte Maschinenfabrikanten Friedrich in Hamburg verworfen worden war. In der Wiedergabe der Worte, wegen deren Friedrich verurteilt worden war, erblickte das Halle'sche Gericht eine neue Majestätsbeleidigung.

In der Expedition desselben Partei-Organs wurde eine Haus-suchung nach der Nummer vom 14. August vorgenommen, worin eine Majestätsbeleidigung enthalten sein soll. Gefunden wurde nichts.

Der Redakteur der „Pfälzischen Post“ in Ludwigshafen, Genosse Zielowski, war vom Schöffengericht wegen Beleidigung des Fabrikanten Leo Müller jun. zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Er legte Berufung ein, hauptsächlich deshalb, weil bei der Urtheilsbegründung gesagt worden war, bei der Straf-messung sei als erschwerend der Umstand in betracht gekommen, daß die von Zielowski redigirte Zeitung sich ein Gewerbe daraus mache, ohne bessere Information in ganz trivialer Weise die Ehre der Nebenmenschen anzuzweifeln. Das Landgericht verwarf die Berufung. Es war so gnädig, zuzugeben, daß sich der Schluss, Zielowski beleidige „gewerbemäßig“, nicht ziehen lasse, meinte aber, es liege doch in seiner „Tendenz“, anderen Leuten „eins anzuhängen“.

Die Hafenarbeiter-Bewegung.

Aus Hamburg schreibt unser Korrespondent unterm 3. Januar: Die Lage des Ausstandes ist unverändert. Die Zahl der Streikbrecher bleibt sich gleich. Durch Agenten sind eine Anzahl Leute aus den östlichen Provinzen hergebracht, dafür verlassen am Neujahrstage jedoch 40 Engländer Hamburg und gestern und heute ist eine Anzahl Binnländer abgereist. Unter letzteren befanden sich 16 Mann, die vor 14 Tagen aus dem Zuchthause resp. Gefängnis entlassen und von dort sofort per Droschke nach dem Hafen und auf ein Schiff gebracht waren. Jetzt sind sie von dort gestrichelt und wollen nicht weiterarbeiten, obwohl sie neben 4,20 M. pro Tag an Lohn noch die ganze Kost erhalten haben.

Was die Streikbrecher kosten, geht aus folgendem Beispiel hervor: Die sogenannten festen Leute am Staatsquai bezogen vor dem Streik 3,80 M. Tageslohn. Häufig arbeiteten sie jedoch im Afford. Erreichte nun aber der Affordverdienst nicht die Höhe des Tageslohns, so wurde der letztere zur Auszahlung gebracht, so daß die Quai-Verwaltung zu dem Affordverdienst häufig etwas zulegen mußte. Im letzterflohenen Monat, in dem am Staatsquai hauptsächlich Streikbrecher arbeiten, ist nun die Summe, die die Quai-Verwaltung zu dem wirklich verdienten Affordlohn zulegen muß, um die Höhe des Tageslohns zu erreichen, ganz erschrecklich geworden. Durchschnittlich hat nämlich kein Streikbrecher über 1,50 im Afford verdient, so daß die

Verwaltung pro Mann und pro Tag 1,70 M. zuzuflehen muß. Die im Hafen arbeitenden Streikbrecher sind jedoch nicht nur untaugliche Leute, die ihren Herren Arbeitgebern theuer zu stehen kommen, es findet sich auch eine Unmenge Gefindel darunter. Gestern wurde ein Streikbrecher von einer Abtheilung des Hamburger Schöffengerichts verurtheilt, weil er einem Freunde, der ebenfalls Streikbrecherdienste leistete, aus purer Freivolität verschiedene Gegenstände untergeschlagen hatte; weiter wurde ein Streikbrecher verurtheilt, weil er die Juteladung des Bremer Dampfers „Scharlachberger“ absichtlich in Brand gesetzt haben soll. Heute Morgen brannte schon wieder ein Dampfer, die der Amerikanische gehörige „Polonia“. Hier waren Baumwollenballen in Brand geraten. Durch beide Feuer ist ein großer Schaden verursacht.

Infolge der verschiedenen Artikel des „Hamburger Echo“, worin darauf hingewiesen wurde, daß es nach den Vereinbarungen zwischen Hamburg und dem Reich gelegentlich des Zollanschlusses verboten sei, im Freihafengebiet zu wohnen, und daß dieses Verbot durch die Rheder dadurch übertraten werde, daß sie Streikbrecher in im Freihafengebiet liegenden Schiffen einlogieren und mit unverzollten Lebensmitteln belieben, ist diesem Treiben der Herrn Rheder ein Ende gemacht. Die Behörde hat den Rhedern aufgegeben, die Streikbrecher außerhalb des Freihafengebietes unterzubringen. Es fanden daher heute umfangreiche Umquartierungen statt.

In Unternehmungskreisen ist es gewaltig. Am Sonnabend kam aus englischen Kreisen hier die Nachricht an, daß namhafte Hamburger Rheder nach Bräben die Witttheilung gemacht hätten, sie würden aus dem Arbeitgeber-Verbande austreten, wenn derselbe nicht in den nächsten Tagen seine Stellung zum Streik ändere. Die Hauptveranlassung, daß die Arbeitgeber jetzt nicht mehr so hartnäckig sein dürfen, ist darin zu suchen, daß sie sich über die Höhe der den Streikenden zur Verfügung stehenden Geldmittel gekäuflert haben. Aus dem Binnenlande sind die Geldmittel in der letzten Woche natürlich etwas schwächer geflossen, jedoch sind heute 500 Kronen von den bänntischen Landarbeitern und 10 000 M. von England gekommen. Mehrere deutsche Gewerkschaften haben außerdem beschlossen, von ihren Mitgliedern zu Gunsten der Streikflasse der Hafenarbeiter pro Mitglied und Woche 2 M. zu erheben. Es ist also, wenn auch die Geldsammlungen in der bisherigen Weise fortgehen, die Streikunterstützung in der bisherigen Höhe auf Wochen hinaus gesichert.

Verschiedene Zeitungen und vor allem fast sämtliche Depesch-Bureaus brachten die Nachricht, auf eine nochmalige Bitte des Streikkomitees, ein gutes gütliches Ausgleich zu vermitteln, habe der Senat an das Streikkomitee die Antwort gelangen lassen, daß er mit der Sache nichts mehr zu thun haben wollte. Diese Nachricht, die absichtlich in die Welt geschickt zu sein scheint, um die Streikleitung zu diskreditiren, ist erlogen. Weder hat das Streikkomitee den Senat nochmal um seine Vermittelung gebeten, noch hat der Senat auf die nicht ergangene Bitte eine „Antwort“ an das Streikkomitee geschickt.

Ein Hamburger Großkaufmann veröffentlichte in der „Neuen Hamburger Zeitung“ folgende wichtige Mittheilung: „Ueber die Arbeiterbewegung hört man vielerlei Aeußerungen der Mißbilligung und Anerkennung. Erstere zeichnen sich durch eine gewisse Gereiztheit im Tone aus, welche weniger von der Kenntniß der Lohnverhältnisse und Lebensansprüche der Arbeiter zeugt, als von einem Gefühl der Ueberhebung vulgo „größtes Portemonnaie“. Die Anerkennungen zeigen aber auch, daß man es nicht begreifen kann, daß die Arbeiter sich etwas zu sehr von den Deyern ins Schleppan nehmen lassen! Nun befinde ich mich durch folgende Gabe: „Anbei zehn Mark für die Rothleidenden im Hafenarbeiter-Streit“ von einem Engländer in einer sehr unangenehmen Lage! Ich bedauere, dem anonymen Geber die zehn Mark nicht zurückgeben zu können, um nicht in den Verdacht zu geraten, daß hier wieder englischer Einfluß sich geltend macht, um den Streit, sei es zu verkürzen oder zu verlängern, je nachdem, welcher Seite diese Gabe zugebacht ist! Es giebt ja in einer gewissen Gegend noch immer Leute, die den Engländern jeden Fehler in die Schuhe schieben möchten. Ich bitte daher hervorragende Juristen, die bis jetzt in der Hafenarbeiter-Anglegenheit thätig gewesen sind, um Auskunft, ob es nach den bestehenden Gesetzen statthaft ist, die ganze Summe dem Arbeitgeber-Verbande oder dem Streikkomitee zu überweisen, da ja auf jeder Seite sich Rothleidende befinden sollen, oder ob es erlaubt ist, die Gabe zu theilen.“

Auf die „Frankfurter Zeitung“ hat der Hamburger Handelskammer-Vorstand keinen besseren Eindruck gemacht als auf uns. Das bürgerliche Blatt sagt: „Bei der Letztäre derjenigen Stelle des Berichtes, die sich mit dem Hamburger Hafenarbeiterstreit beschäftigt, gewinnen wir neuerdings und verstärkt den Eindruck, daß der Bericht in dieser Frage höchst einseitig zu Gunsten der Arbeitgeber gefärbt ist. Es lohnt nicht, die einzelnen Behauptungen des Berichtes, die sich auf den Streit der Hafenarbeiter beziehen, kritisch durchzusprechen, denn sie sind nicht anders als die Gemeinplätze der Rhederpresse, die wir schon wiederholt bekämpft haben. Wie wenig gründlich diese Aufklaffung der Hamburger Handelskammer ist, beweist auch der Umstand, daß sie mit keinem Worte auf die übermäßig lange und unregelmäßige Arbeitszeit der Hafenarbeiter eingeht, deren Verlängerung und Regelung eine Hauptforderung der Ausständigen ist. Aus dem Berichte der Handelskammer ergiebt sich eben neuerdings, daß die Hamburger Rheder für die sozialen Bedürfnisse unserer Zeit kein Verständnis haben.“

Der „Deutschen Warte“ wird aus Hamburg geschrieben: „Wenn von verschiedenen Zeitungen über einen guten Fortschritt der Hafenarbeit berichtet wurde, so tragen diese Nachrichten mindestens ein sehr optimistisches Gepräge. Selbst die von den Hafenmeistern täglich aufgestellte statistische Uebersicht kann nur Ueinsgeweihte über die Thatsache hinwegtäuschen, daß die Zustände im Hamburger Hafen mit jedem Tage heillosen und unerträglich werden.“

Eine großartige Stilblüthe leistet sich wieder die „Pfälzische Zeitung“, indem sie schreibt: „Der absterbende Ausstand der Hafenarbeiter hat sich ins neue Jahr hinüberschleppt, ohne sich irgendwie geändert zu haben.“

Eine „absterbende“ Bewegung, die sich absolut nicht ändert, kommt wohl nur in der vierten Dimension vor.

In Aarhus in Dänemark hatten es, wie schon gemeldet, die Hafenarbeiter abgelehnt, ein mit Delfischen beladenes Hamburger Segelschiff zu löschen, sofern die Empfänger nicht erklären wollten, während des Streiks in Hamburg keine weiteren Ladungen von dort kommen zu lassen. Die Empfänger gingen darauf nicht ein, worauf die Hafenarbeiter am Sonnabend die Arbeit einstellten. Gestern wurde telegraphisch, daß mit Ausnahme der Schiffe der Vereinigten Dampfergesellschaft, die Arbeit im Hafen gänzlich ruht.

Die Gewerkschaftsvorstände Nürnberg's beschlossen einstimmig, ihren Mitgliedern die Zahlung eines wöchentlichen Extrabeitrages von 50 Pf. bis zur Beendigung des Hamburger Hafenarbeiter-Streiks zu empfehlen. Bei der starken Sympathie, die für die Streikenden herrscht, dürfte der Beschluß wenigstens von der großen Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder respektirt werden. Hoffentlich findet er auch anderwärts Nachahmung.

Auch im fernen Lanfame am Genjer See gedenkt man der kämpfenden Hamburger Hafenarbeiter mit herzlichster Sympathie. Bei dem vom Allgemeinen Arbeiterverein veranstalteten Weihnachtsfest, wozu sich die Genossen mit ihren Frauen und Kindern zahlreich eingefunden hatten, schilderte das Vereinsmitglied P. Ossip den heldenhaften Kampf der Hamburger in zündenden Worten und es wurde dann eine Teller-sammlung vorgenommen, die den Betrag von ca. 42 Franken ergab. Eine Vereinsversammlung der genannten Organisation erhöhte diese Summe auf 70 Franken und

beschloß, diese Sammlungen fortzusetzen. Das Geld wurde sofort nach Zürich an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund zur weiteren Beförderung abgehandelt.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission hat bis jetzt 80 000 Mark für die streikenden Hamburger abgehandelt.

Bei der Berliner Gewerkschafts-Kommission gingen für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter folgende Beiträge ein:

- Einzelbeiträge: ... (List of names and amounts follows) ...

Weitere Sendungen nimmt das Berliner Gewerkschaftsbureau (M. Millarq, Berlin S., Annerstr. 16, vorn part.) in der Zeit von 9-1 Uhr vormittags und von 8-3 Uhr abends entgegen.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Puger Berlin! In sehr ernste Lohnbifferenzen geriethen 24 Innenpuher auf dem Bau von Lachmann u. Jauber, Burg- und Poststraße. Bei Uebernahme der Arbeit war es den Puhern nicht möglich, die Schwierigkeit der Arbeit zu übersehen, sie übernahmen dieselbe daher für den von der Firma gebotenen Preis von 21-22 Pf. pro Quadratmeter. Nachdem sich im Laufe der Woche herausgestellt hatte, daß die Arbeit für den gebotenen Preis nicht zu machen war, erluchteten die Puger den Unternehmer am Montag früh um eine Erhöhung des Preises, und um Sicherstellung des Lohnes von 7 M. pro Tag. Nach dem Ausmahatten die Puger bei voller Arbeitszeit täglich nur 3,70 M. verdient. Die Firma erbot sich, 1 Pf. pro Quadratmeter zu erhöhen, lehnte aber die Sicherstellung des Lohnes ab. Da auch der bewilligte Pfennig nicht hinreicht, um die Puger auf den üblichen Lohnsatz zu bringen, so legen 24 Mann die Arbeit nieder. Weitere vier Montag besetzte 12 Puger erklärten sich mit den Ausständigen solidarisch und nahmen die Arbeit zu den alten Bedingungen nicht auf. Die Ausständigen erwarten von den Foffabepuhern das gleiche, damit der Unternehmer zur Einsicht gelangt und den Ausständigen die gestellten Forderungen bewilligt. Die Kollegen werden ersucht, den Bau zu meiden. Der Vertrauensmann.

Die Stumm'sche „Post“ meldet aus Berlin: „Als ein Vorbild zu dem geplanten Ausstand der Metallarbeiter ist es vielleicht anzusehen, daß sämtliche Metallarbeiter der Aktien-Gesellschaft Wuyke u. Co., Abth. H., Ritterstr. 12, wegen angeblicher Lohnabzüge von 50 pCt. und mehr die Arbeit niedergelegt haben.“ Es ist charakteristisch für die arbeitserfeindliche Gesinnung des Herrn v. Stumm, daß er in seinem Monitor sogar einen durch Lohnabzüge hervorgerufenen Ausstand zur Verdächtigung der Arbeiter verwenden läßt. Die Notiz zeigt selber auch, wie sehr die Kühn-männer den allgemeinen Ausstand herbeiführen.

Eine Konferenz lokalorganisierter Tapezierer Deutschlands tagte am 27. und 28. Dezember in Erfurt. Die Konferenz beschloß, wie die „Leipziger Volkszeitung“ mittheilt, an der Lokalorganisation als der für den Tapeziererberuf geeignetsten Organisationsform festzuhalten und erklärte sich mit allen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeitern solidarisch. Alle organisierten reisenden Kollegen sollen nach wie vor nach besten Kräften unterstützen werden. Das „Korrespondenzblatt“ behält seinen Sitz in Leipzig. Als Redakteur wurde Kollege B. e. c. wiedergewählt, als Delegirte zu der von den lokalorganisierten Arbeitern geplanten Konferenz die Kollegen B. e. c., Leipzig und G. a. t. i. g., Berlin.

Die Berliner Glaser-Jungung besitzt eine Fensterreinigung-Anstalt, die circa 40 Mann beschäftigt. Die Arbeiter bekamen, soweit sie nicht auf Kundhilfe angestellt waren, Wochenlohn von 18-21 M. Eine Kündigungsfrist bestand jedoch nicht. Jetzt wollte die Anstalt einen der Weihnachtstage nicht bezahlen, obwohl die Arbeiter das auf die Feiertage kommende Arbeitsquantum theils durch Verkürzung ihrer Arbeitspausen oder durch früheren Beginn oder spätere Beendigung der Arbeit während der Woche mit besorgt hatten. Als ihnen am Weihnachtstagabend der Lohn für den einen Feiertag abgezogen werden sollte, erreichten die Arbeiter durch ihren Zusammenhalt, daß die Anstalt von dieser Lohnföhrung abstand. Nach Weihnachten theilte nun der Inspektor mit, daß der durch den Neujahrstag entstehende Ausfall dadurch eingebracht werden müßte, daß jeder Fensterputzer eine Doppelpour zu übernehmen hätte. Die Arbeiter waren damit einverstanden, erledigten also alle Arbeit. Trotzdem hat man ihnen am Sonntag den Lohn für den Neujahrstag abgezogen, wobei erklärt wurde, daß wer sich das nicht gefallen lassen wolle, seine Sachen abgeben, d. h. sofort aufhören könne. Die Arbeiter nahmen darauf den Lohn für die fünf Tage mit dem Bemerkten entgegen, daß sie den Betrag für den Neujahrstag einlangen würden. Als die Arbeiter, die keineswegs einen Streik beabsichtigten, am Montag die Arbeit wieder beginnen wollten, wurden ihnen ihre Papiere mit der Bemerkung gegeben, daß sie entlassen seien. Fünf Mann, die auf die Bezahlung des Neujahrstages verzichtet hatten, arbeiten weiter. Die übrigen 35 Mann sind ausgesperrt.

Die neu gegründete Gewerkschaft der Eisenbahner zählt in Hamburg-Altona schon 500 Mitglieder. Auf die Kunde von der Gründung des Vereins sind Aufforderungen aus sechs verschiedenen deutschen Städten nach Hamburg gekommen. Referenten zu schicken, um mit deren Hilfe Filialen des Vereins ins Leben zu rufen.

Zu Macheu streiken sämtliche Weber der Fabrik von Granberg u. Comp. wegen Lohnminderungen.

Zu Pegau i. S. hat der Streik in der Schuhfabrik von R. P. Dietrich nach achtwöchiger Dauer mit einer Niederlage der Arbeiter geendet. Obwohl der am Streik beteiligten wurden nicht wieder angenommen, ebenso viele hatten bereits anderwärts Arbeit gefunden. Als Ursache der Niederlage giebt das Streikkomitee an, daß drei Kollegen alle Angelegenheiten der Streikenden Herrn Dietrich hinterbracht, mit ihm nach dessen eigener Aussage in steter Korrespondenz gestanden haben und durch allerlei Niederreien und Schlingungen die streikenden Kollegen zu beeinflussten suchten. Diese Handlungsweise habe einen großen Theil der Ausständigen wandend gemacht.

Das Nürnberg Arbeiter-Sekretariat hat seinen zweiten Jahresbericht, der die Verwaltungsperiode 1895/96 umfaßt, herausgegeben. Der Bericht des Berichts wird noch erhöht durch die ihm beigefügten Mittheilungen über die Gewerkschaftsorganisationen und Lohnbewegungen, sowie durch den Bericht der Arbeiter-Beisitzer des Nürnberger Gewerbegerichts. Die Broschüre ist 64 Seiten Groß-Oktav stark und von Wörlein u. Komp. (Inhaber C. Dertel) in Nürnberg zu beziehen.

Die Kaminsfeger in St. Gallen in der Schweiz haben folgende Verbesserungen ihres Arbeitsverhältnisses erreicht: 15 Fr. wöchentlichen Minimallohnes nebst Kost und Logis für die ledigen, 5 Fr. täglichen Minimallohnes für die verheiratheten Arbeiter, 2,50 statt bisher 2 Fr. für Sonntagsarbeit (Kesselfreinigung), 14tägige gegenseitige Kündigungsfrist und Freigabe des ersten Mat.

Ein Kongress der Feldarbeiter Ungarns ist auf den 30. Januar nach Budapest einberufen. Als Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Bericht über die Lage der Feldarbeiter; 2. die Forderungen der Feldarbeiter: a) Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, b) Ernährungsprogramm, c) Ausbreitung der Arbeiterschutzes auf die Feldarbeiter und Schaffung neuer Arbeiterschutzes, d) Abschaffung des Dienstboten-Gehalts, e) die Ausdehnung der politischen Rechte auf die Feldarbeiter; 3. die Feldarbeiter und die politischen Parteien; 4. Organisation der Feldarbeiter; 5. das Fachblatt und die Presse; 6. Wahl eines Exekutiv-Komitees.

Die Anknegung, den Kongress abzuhalten, ging von 15 Ortschaften aus.

Aus London wird dem „Wolff'schen Bureau“ gemeldet, daß der Ausstand in den Maschinenwerken in Osten und Westen der Compagnie de la Seyne beendet sei.

Der Ausstand der Schiffsmaschinen in Melbourne hat sich, wie das Wolff'sche Bureau meldet, auf alle australischen Häfen ausgedehnt: 108 Dampfer seien von dem Streik betroffen.

Soziales.

Heber den Arbeiterschutzbem bei der Pariser Welt-Ausstellung suchen sich — so schreibt ein Berichterhalter — nun nach dem Vorgange ihrer französischen Kollegen auch die deutschen Arbeiter zu orientieren. Da besonders zahlreiche Berliner Handwerker hoffen, bei Errichtung der Ausstellung lohnenden Erwerb zu finden, dürfte es von Interesse sein, schon jetzt die Vorschriften mitzutheilen, die der französische Handelsminister in betreff des Arbeiterschutzes erlassen hat. Zunächst sei bemerkt, daß sich die Regierung das Recht vorbehält, das Maximum der zu beschäftigenden ausländischen Arbeiter zu bestimmen. Bei der Vergütung der Arbeiten sollen die Arbeiter-Genossenschaften bevorzugt werden. Für Arbeiten im Betrage von nicht mehr als 20 000 Fr. werden sie ohne Konkurrenz-Ausschreiben zugelassen. Bei gleichen Submissionsbedingungen erhalten sie den Vorzug vor den Unternehmern und brauchen keine Kautions zu stellen, wenn der Werth der Arbeiten unter 50 000 Fr. beträgt. Die Submissions-Unternehmer dürfen ohne Bewilligung der Administration ihre eigenen Arbeiter in Unter-Submission vergeben. Die Zwischenscheinsterschaft ist verboten. Den Arbeitern ist ein wöchentliches Ruhebetag zu gewähren. Im Falle der unregelmäßigen Lohnauszahlung kann die Administration von sich aus die Arbeiter zu Lasten der Unternehmer bezahlen. Die Unternehmer sind verpflichtet, alle notwendigen Sicherheits- und Gesundheits-Vorkehrungen zu treffen. Die Administration übernimmt die Organisation der ärztlichen Pflege für die verunglückten Arbeiter, denen auch Krankengelder ausgezahlt werden. Die Kosten werden gedeckt durch einen Abzug von 1 pCt. des Betrages der Arbeiten und der Materialien. Genügt dieser Fonds nicht, so kommt der Staat für das Defizit auf. Die Gastpflicht der Unternehmer für die Unfälle bleibt ja doch dadurch unberührt. — Nicht bewilligt wurden die in der Deputirtenkammer gestellten Anträge in betreff des Achtstundentages und der Minimallohne.

Wir geben diese Mittheilungen des Berichterstatters zur Orientierung unserer Leser wieder, machen aber darauf aufmerksam, daß die Pariser Arbeiter wiederholt an die Arbeiter des Auslandes, insbesondere Deutschlands, daß dringende Ersuchen gerichtet haben, sie nicht durch Bezug an der Errichtung besserer Arbeitsbedingungen zu hindern, wozu sie die Weltausstellung benutzen wollen. Die Berliner Arbeiter besonders mögen bedenken, daß es ihnen auch nicht angenehm gewesen wäre, wenn sich zu den Arbeiten der Gewerbe-Ausstellung in Agypten Ausländer in Schaaren eingefunden hätten. Außerdem ist zu beachten, daß in Paris die Arbeitslosigkeit ohnehin schon so groß ist, daß durch ein Zutreffen ausländischer Arbeiter die schon keineswegs glänzenden Existenzbedingungen der Pariser Arbeiter verschlechtert werden können. Wo es sich also nicht um ganz besondere Ausnahmefälle handelt, ist jedem deutschen und insbesondere Berliner Arbeiter nur aufs dringendste zu raten, Paris zu meiden.

Die Allgemeine Arbeitsnachweis-Anstalt in Köln, die von der Stadt subventionirt wird, beschloß ihre Thätigkeit auch auf den Nachweis von Arbeiterwohnungen ausdehnen.

Die Errichtung eines städtischen Arbeiterssekretariats ist in Leipzig angeregt. Der Vorstand des Gewerkschafts-Kartells hat nun in einer Berathung über diese Angelegenheit einen Beschluß gefaßt, worin dem Gewerkschaftskartell empfohlen wird, dem Projekt seine Sympathie zu erklären und die Delegirten zu beauftragen, innerhalb vier Wochen ihre Gewerkschaften zu veranlassen, Stellung zu dem Sekretariat zu nehmen.

Versammlungen.

Anherberordentlicher Kongress aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands am 25. und 26. Dezember 1896 zu Altenburg S. A. Schumann-Berlin eröffnet als Mit-einberufer den Kongress am 25. Dezember um 6 Uhr abends und giebt in kurzen Worten den Zweck des Kongresses bekannt. Der Vertrauensmann für Deutschland, Alboldt, erklärt, daß er nicht, wie man behauptet, vor dem Kongress zittere, er werde aber, sollte dieser Beschlüsse fassen, die denen des Halberstädter Kongresses zuwiderlaufen, den Kongress verlassen. Ueber die Erklärung Alboldt's geht der Kongress zur Tagesordnung über. Die Mandatsprüfungskommission beanstandete die Berliner Mandate, die aber nach längerer Debatte für gültig erklärt wurden. Vertreten sind die Städte: Dortmund, Dresden, Berlin, Leipzig, Magdeburg, Hannover, Hamburg, Altona, Altenburg, Kiel, Jülich, Stuttgart, Cannaftadt und Chemnitz. Ferner erhalten sich und Stimme der Vertrauensmann, die Revisoren und die Preßkommission. Die Tagesordnung wird nach kurzer Diskussion wie folgt festgesetzt: 1. Die Handlungsweise des Vertrauensmannes. 2. Abrechnung desselben. 3. Die Gründung der Zentralisation. 4. Presse und Agitation. Schumann beantragt, Kessler-Berlin, welcher als Gast anwesend ist, beratende Stimme zu ertheilen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Es wird nun in die Diskussion eingetreten über den ersten Punkt der Tagesordnung, bei der Alboldt und seine Freunde ihren Standpunkt rechtfertigen, während von der anderen Seite die ihnen gemachten Vorwürfe aufrecht erhalten werden. In einem Beschluß in der Sache kommt es nicht, es liegt auch kein bestimmt formulirter Antrag dazu vor. Es wird darauf zur Abrechnung des Vertrauensmannes übergegangen. Alboldt erklärt, er sei nicht verpflichtet, abzurechnen und Kräfte theilt mit, er und Politz hätten revidirt und alles in Ordnung befunden. Schumann und Dreher legen ihr Amt als Revisoren nieder. Himpel erklärt dasselbe für die Preßkommission. Hierauf giebt Schmidt den Kommissionsbericht und meint, es sei eine schwere Arbeit gewesen, beide Parteien unter einen Hut zu bringen. Er hoffe, daß die folgende Resolution beiderseits angenommen werde: „Der heute, am 26. Dezember 1896, in Altenburg tagende Kongress aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter beauftragt, daß in letzter Zeit die leitenden Personen die wichtigsten Aufgaben der Organisation hintangesetzt und dieselbe zum Tummelplatz persönlicher Leidenschaftlichkeiten benutz haben. Nach reiflicher Prüfung des vorgetragenen Materials erklärt der Kongress, daß von beiden Seiten, sowohl den Vertretern der lokalen wie zentralen Richtung große taktische Fehler gemacht worden durch Nichtachtung der in Halberstadt gefaßten Beschlüsse, welche beiderseitigerweise den Anstoß zu dem persönlichen Zwist gegeben haben. Damit jedoch die Organisation sich den gestellten Aufgaben, der Verbesserung der Lage der Berufsgenossen, zuwenden kann, erklären die streitenden Parteien, die Streitort ein für alle mal zu begraben und für immer Frieden zu schließen. Ferner verpflichten sich die streitenden Parteien, wie auch die Beschlüsse des Kongresses ausfallen mögen, keinerlei Agitation gegen einander zu entfalten, sondern mit allen Kräften dahin zu wirken, daß dieselben zur Durchführung gelangen.“ Sabath bittet, die Resolution anzunehmen und Frieden zu schließen. Alboldt erklärt sich gegen den Schlußsatz derselben. Sabath meint, daß Alboldt die Beschlüsse des Kongresses anerkennen müsse und in keiner Weise dagegen arbeiten dürfe. Auf Antrag erfolgt namentliche Abstimmung und wird die Resolution einstimmig angenommen, nur Alboldt, Krüger und Politz enthalten sich der Stimme. Schulze meint, daß das Zwischwischen zwischen beiden Theilen nunmehr durchschnitten sei. Wir haben unter erschwerenden Umständen die Hand geboten. Sie ist durch diese Abstimmung zurückgeworfen worden, möge man nun auch die Folgen tragen. Krüger erklärt, daß man ihn nicht verpflichten könne, für Zentralisation zu stimmen. In Punkt 3 wird folgende von verschiedenen Delegirten unterzeichnete Resolution zur Debatte gestellt:

In anbetrach der Thatsache, daß, nachdem die Differenzen in den Kreisen der Kollegen Deutschlands Dimensionen angenommen haben, die ein gedeihliches Zusammenarbeiten im Interesse der Organisation nicht mehr möglich erscheinen lassen, im weiteren Hinweis auf die Thatsache, daß der größte Theil der Kollegen auf dem Standpunkt steht, daß nur eine Organisation unseres Berufes über ganz Deutschland den Verhältnissen angepaßt im stande ist, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der nöthigen Energie zu führen, stellen Unterzeichnete folgenden Antrag: Der am 25., 26. und 27. Dezember 1896 in Altenburg tagende außerordentliche Kongress beschließt mit dem 1. Januar 1897 die provisorische Einführung einer Zentral-Organisation für die im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe thätigen Personen Deutschlands. Zu diesem Behufe wählt der Kongress eine provisorische Leitung, bestehend aus drei Personen an einem vom Kongress näher zu bestimmenden Ort, denen die Leitung der Geschäfte des Zentral-Verbandes bis zur definitiven Regelung übertragen wird. Um den Kollegen Gelegenheit zu geben, sich über alle in betracht kommenden Fragen zu informieren, um weiter die Kosten einer Generalversammlung zu ersparen, beschließt der Kongress, die provisorische Leitung zu beauftragen, am 1. Juli 1897 eine Urabstimmung der Organisation vorzunehmen behufs definitiver Festsetzung der Statuten, sowie der den Verband leitenden Körperschaften. Um weiter den Kollegen Deutschlands die Garantie zu geben, ein Organ zu besorgen, welches ihre Interessen nach jeder Richtung hin vertritt, beschließt der Kongress, die Berliner Kollegen zu beauftragen, im Berliner Verband den Antrag zu stellen, daß der Verband sein Eigentumsrecht am „Handels-Hilfsarbeiter“ an die Kollegen Deutschlands abtritt und somit die Zeitung Eigentum der gesammten Kollegen Deutschlands wird. Lehnt der Berliner Verband diesen Antrag ab, so beschließt der Kongress, mit dem 15. Januar 1897 ein zweimal im Monat erscheinendes Organ zu schaffen. Zur Leitung dieses Organs wählt der Kongress zwei Redakteure, und zwar einen leitenden und einen zeichnenden. Dreher: Die Würfel sind gefallen. Wir müssen uns ganz genau überlegen, was wir zu thun haben. Man stimme deshalb für obige Resolution, die allen Wünschen Rechnung tragen wird. Daß es so gekommen, war vorauszuhaben. Niemand hat für die Zentralisation besser gearbeitet, als Alboldt und seine Freunde. Niebner ist dagegen, daß der Berliner Verband veranlaßt werden soll, den „Handels-Hilfsarbeiter“ abzugeben. Bei einem gemeinsamen Blatt komme nichts heraus, er möchte den Redakteur kennen lernen, der im stande wäre, es beiden Richtungen recht zu machen. Schumann spricht für das Provisorium und ist für die Uebergabe des Blattes. Krüger behauptet, die ganzen Streitigkeiten seien nur eingefädelt, um die Zentralisation einzuführen. Kessler erklärt, daß er, obwohl Lokalist, sich dennoch den Kongressbeschlüssen fügen werde. Der Vertreter der Generalkommission, Sabath, ist der Meinung, daß auf Seite der Lokalisten farrer Eigenfinn obwalte, er habe sich die größte Mühe gegeben, eine Einigung herbeizuführen und müsse stehen, die Zentralisten seien sehr entgegenkommend gewesen. Es erfolgt namentliche Abstimmung. 20 Delegirte stimmen für, Krüger dagegen; Alboldt, Politz, Windwehr, Nothe enthalten sich der Stimme. Ein Antrag Dreher, die Abrechnung mit dem Vertrauensmann dem provisorischen Zentralvorstand zu überweisen, wird angenommen und als Sitz des provisorischen Zentralvorstandes Berlin bestimmt. Es wird bestimmt, 3 Mitglieder des Zentralvorstandes am Kongress zu wählen, die übrigen 2 in Berlin.

Den provisorischen Zentralvorstand bilden Kessler, Schumann und Hoffmann. Als Sitz des Ausschusses wird Stuttgart bestimmt und Jördis und Hörmle in denselben gewählt, die Wahl dreier anderer Kollegen soll in Stuttgart erfolgen. Als Sitz der Preßkommission wird Hamburg bestimmt und Himpel in diese gewählt, die Ergänzungswahl von 2 Kollegen bleibt Hamburg überlassen. Als leitender Redakteur wird einstimmig Dreher, als verantwortlicher Kessler gewählt. Dreher beantragt, den Ueberfluß vom Privatpost-Streit dem Agitationsfonds des Zentralverbandes zu überweisen. Schumann protestirt dagegen. Der Antrag wird mit allen gegen die Stimme Schumann's angenommen.

Hierauf schließt Michaeelsen den Kongress mit dem Hinweis, eifrig für das Ausfließen des Zentralverbandes zu wirken.

In der letzten Nummer des „Handels-Hilfsarbeiters“ beruft nunmehr der Vertrauensmann Alboldt im Monat Februar eine Konferenz nach Leipzig ein, zu der die Anhänger lokaler Richtung eingeladen werden.

Die 14. Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter fand am vierten Tage ihrer Verhandlungen in Koburg betreffs des Kassenstatuts nach eingehenden Erörterungen folgende Beschlüsse: Das Beitrittsgehd bleibt in den bisher normirten Sätzen (§ 9 Abs. 1) unverändert. § 9 Abs. 3 wird dahin geändert, daß die Zahlung von 10 Pf. für ein Erfahrbuch an stelle eines vollen Fortab in Wegfall kommt, die Erfahrlieferung demnach unentgeltlich erfolgt. Die Zahlung von 20 Pf. für ein Buch an stelle eines verlorenen bleibt bestehen. § 9 Abs. 6 wird dahin erweitert, daß Lehrlinge und jugendliche Arbeiter beim Uebertritt in eine höhere Klasse nur die Differenz des Eintrittsgeldes zwischen der höheren und vorherigen Klasse nachzahlen, ein Gesundheitsattest dagegen nicht beizubringen haben. § 11 Abs. 2 wird gänzlich gestrichen. Im § 11 Abs. 5 wird die Karenzzeit von 4 Wochen auf 6 Wochen erhöht. § 12 Abs. 2 wird dahin erweitert, daß doppelt versicherten Mitgliedern, welche bei ihrer Erkrankung in den ersten 13 Wochen keine ärztliche Hilfe oder Medikamente von der Kasse beansprucht, solche von Beginn der 14. Woche bis zu Ablauf der 26. Woche gewährt werden kann. Auch der § 13 (Unterstützung für erwerbsunfähige Kranke) hat eine gänzliche Umgestaltung erfahren.

Nürnberg, am 29. Dezember v. J. tagte hier eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, zu der die Tabakarbeiter die Fabrikanten und den Zigarrenhändler Reichelt eingeladen hatten. Nach einem Referat des Genossen Volkman, der sich gegen die Schmutzkonkurrenz wandte und die Schäden der Akkordarbeit darlegte, erhielt Zigarrenfabrikant Becker das Wort. Niebner ist der Meinung, daß die Löhne der Zigarrenarbeiter am Ort aufrecht erhalten werden können. Dies sei aber undenkbar, wenn hier „gute“ Zigarren von 2/3 Pf. dem Publikum zum Kauf angeboten würden. Es liege im Interesse aller, die Tabakarbeiter zu unterstützen, um eine Lohnbewegung in dieser Branche zu vermeiden. Zigarrenhändler Reichelt bestreitet, Schmutzkonkurrenz zu treiben. Er arbeite nicht mit 33 1/3 sondern mit 20 pCt. Der Vortheil solle dem Publikum zu gute kommen. Durch Löhnen, die er sich von seinen Lieferanten aus Hamburg, Bremen u. a. habe schicken lassen, könne er beweisen, daß die Löhne in diesen Städten 15-20 M. betragen. Das wären keine Hungerlöhne. Heppner (Zigarrenarbeiter) bezweifelt, daß die Löhnlöhnen, welche Herr Reichelt vorgelesen, zuverlässige Angaben enthalten. In der Hausindustrie sei es gang und gäbe, daß der Mann mit Frau und Kindern arbeite, der Lohn aber würde nur für den Mann eingetragene, daher erklärten sich die von Herrn Reichelt angegebenen verhältnismäßig hohen Löhne. Nach einer längeren Diskussion, an der sich Haubner, Kollke, Rosenbaum, Kegerau und Böge beteiligten, mußte gegen 10 Uhr die Versammlung wegen der Polizeistunde geschlossen werden.

Arbeiter-Gilbungsschule. Dienstag Abend von 9-10 1/2 Uhr: Sabath-Schule Waldemarstr. 14. Deutsch (Die deutsche Literatur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. — Aufsätze). Herr Heinrich Schulz. — Nordische, Braunerstr. 25: Nationalökonomie (Uebersicht der verschiedenen Wirtschaftsentwickelungen der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. Die Marx'sche Welt- und Mehrwertheorie) Herr Dr. Konrad Schmidt. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Geschriftensmaterials schon von 6 Uhr abends zu öffnen.

Am 16. Januar wird voraussichtlich die geplante öffentliche Versammlung, die mit Zeitungen, Zeitungslisten und Büchern reich ausgestattet ist, für die allgemeine unentgeltliche Benutzung eröffnet.

Arbeiter-Vereine Berlins und Umgegend. Vorsitzender W. Neumann, Casperstr. 2. Alle Verhandlungen im Vereinsrathe sind zu richten an Friedrich Korum, Wartenstr. 49, v. 8 Tr.

Sind die geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Sachfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an W. Gent, S. Dresdenstr. 107/8.

Arbeiter-Kassenverein Berlins und Umgegend. Verhandlungen im Vereinsrathe sind zu richten an Otto Schulz, Kottbuler Damm 72.

Zentralverein der Hilfsarbeiter. Erste Versammlung, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Kannehrstr. 16, Versammlung. Tagesordnung: Vereinsfachen, Neuwahl des Vorstandes, Berichtlesen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 4. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Auf einer Hafensahrt begriffen, wurde durch Polizeidampfkraft geentert, aber nach Vorgeigung des Passierscheines wieder freigelassen; der Redakteur Stengel vom „Echo“. Eine genaue Statistik der Hafensarbeit wurde aufgenommen. Die Arbeit ist höchst mangelhaft und die Lagerräume total überfüllt. Die Gesundheitskommission revidierte heute Nachmittag das Hafengebiet und fand traurige Zustände vor. Die Unterstützung an die Streikenden wird morgen in der bisherigen Höhe ausgezahlt.

Frankfurt a. M., 4. Januar. (S. H.) Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Hamburg mitgetheilt: Die Meldung von einer Versammlung der Exporteure, welche grobcs Berathung über die Mittel zum Ausverkauf, die zur Beförderung der lieferbaren Waare ergreifen werden sollen, beschäftigt sich. Die gefaßten Beschlüsse wurden bisher nicht veröffentlicht. — Die Seelente beschloßen wegen Belämpfung des Einflusses der Schlafbaase auf die bei ihnen untergebrachten Seelente, die Einlogirung der letzteren bei streikenden Kollegen zu bewirken, denen dadurch eine Unterstützung zugewendet werden soll.

Vofen, 4. Januar. (S. H.) In einer am Freitag stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung des kaufmännischen Vereins soll Beschluß gefaßt werden über die eventuelle Auflösung der Produktendörbe.

Wraz, 4. Januar. (S. H.) In den letzten Tagen sind in Unterkrain wiederum mehrfach Erdrerschütterungen veripirt worden.

Budapest, 3. Januar. (S. H.) Hier hat sich ein Anarchistenverband gebildet, der etwa 100 Mitglieder besitzt. Derselbe giebt eine Zeitung in ungarischer und deutscher Sprache heraus. Die erste Nummer dieses Blattes enthält heftige Angriffe gegen die Regierung. Redakteur des Blattes ist ein ehemaliger Beamter des Justizministeriums, Dr. Schmitt.

Paris, 4. Januar. (S. L. B.) Die aus Tonkin eingetroffene Post meldet, daß auf dem Packetboot „Saghalien“ auf der Fahrt nach Saigon am 30. November v. J. durch eine Kollision dreizehn arabische Heizer getödtet worden sind.

Mailand, 4. Januar. (S. H.) Mit Beginn des neuen Jahres haben in der Umgegend Mailands sechs der bedeutendsten Spinnereien und Webereien ihren Betrieb vollständig eingestellt. Mehr als 2000 Arbeiter sind dadurch brotlos. Die Betriebs einstellen soll erfolgt sein wegen der erhöhten Einschätzung zur Einkommensteuer.

Madrid, 4. Januar. (S. L. B.) Nach einer antlichen Depesche aus Manila sind heute 13 Personen, welche des Verdachens der Verschwörung angeklagt waren, erschossen worden.

Sevilla, 4. Januar. (S. L. B.) Eine Mäuerbarde führte bei Roda die Entgleisung der Maschine eines Eisenbahnguges herbei, der einen Geldtransport enthielt; es gelang den Beamten des Zuges, die Mäuer, welche den Zug plündern wollten, in die Flucht zu schlagen.

New-York, 4. Januar. (S. H.) Bei einem Grundbrande in einem Silberbergwerke in der Nähe von Pachuca sind 34 Bergleute ums Leben gekommen. Die Leichen sind bereits geborgen.

Chronik für das Jahr 1896.

Dezember.
 Der **Blum**, der Sohn Robert Blum's, in Leipzig aus dem Rechtsanwaltsstande ausgeschlossen.
Pedant-Derville, sozialistischer Abgeordneter für Paris, gestorben.
 Au das Landgericht bestätigt die Rechtsgiltigkeit der Bäckereiverordnung des Bundesrats.
 In 25 Städten Deutschlands Versammlungen der Schneider und Näherinnen, um deren Forderungen an die Gesetzgebung zu besprechen.
 Hamburger Verfassungsreform beendet. Das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht kann von solchen erworben werden, die fünf Jahre hinter einander 1200 M. versteuert haben.
 Zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wird **William McKinley**, zum Vizepräsidenten **Garret A. Hobart** gewählt. Vor Gericht Verhandlungen von Streikenden durch Schulze und Beschimpfungen („Dummel, warum freilst Du?“) konstatirt.
 Der Bakteriologe **Dr. Edington** in Kapstadt hat die Rinderpest erzeugenden Mikroben entdeckt.
 Reichstagswahl in Mainz. Genosse **David** in Stichwahl.
 In der französischen Deputiertenkammer Interpellation wegen der durch die Polizei veranlasseten Ruhestörungen in Carmaux.
 In Brandenburg Genosse **Peus** in den Reichstag gewählt.
 Internationale Eisenbahn-Konferenz in St. Petersburg.
 Presskonferenz der sozialdemokratischen Zeitungen in Berlin. **Bunderdokter** **Solbeding** vor Gericht. Vier Jahre Gefängnis.
 Das in Washington tagende Schiedsgericht über die venezolanischen Streitfragen beendet seine Arbeiten. Künftige Streitigkeiten sollen ebenfalls, wie vertragsmäßig festgesetzt, auf schiedsgerichtlichem Wege beigelegt werden.
 Projekt **Auer** und **Genossen** (Auflösung der Parteileitung etc.) vor dem Reichsgericht. Das erste Urtheil wird aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung zurückgewiesen. Es soll geprüft werden, ob die Sitzungen des Parteivorstandes als „Vereinsversammlungen“ zu betrachten sind.
 Eröffnung des Reichstags. Gerichtsverfassungs-Gesetz. **Perreira** übernimmt die Präsidentschaft der Republik Brasilien. Auf Bitte des Papstes erklärt sich **Menelik** von Aethiopien bereit, die italienischen Gefangenen freizugeben; doch hindere ihn die drohende Haltung Italiens daran.
 Der oldenburgische Landtag wiederholt sein Mißtrauensvotum gegen die Regierung.
 Die Regierung von Transvaal verlangt von der Chartered-Company als Entschädigung für den Jameson'schen Einfall 1 Million Pfund Sterling.
 Projekt **Witte**-**Stöcker**. Silber wegen Verleumdung verurtheilt.
 General **Weyler** auf Kuba giebt Befehl, alle Zeitungs-korrespondenten, die sich auf dem Kriegsschauplatz zeigen, niederzuschießen.
 Der „**Fall Wading**“ wegen des dolus eventualis kommt endlich zur wohlverdienten Ruhe, nachdem er dreimal vor der Strafkammer und dreimal vor dem Reichsgericht war. Das letztere wies heute die Revision des Staatsanwalts gegen das letzte freisprechende Urtheil zurück.
 Der Kongreß von **Bolivia** erklärt die kubanischen Aufständischen als kriegsführende Macht an.
 Friedenspräliminarien von **Menelik** und **Major Kerazzini** unterzeichnet. Darin die Unabhängigkeit Aethopiens ausgesprochen.
 Konferenz der Arbeiter-Beisitzer an deutschen Gewerbegerichten in Halle.
 Schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag in Winterthur.
 Im Reichstage Interpellation über **Bismarck's** landesverräterische Enthaltungen.
 Neue bedeutende Mehlerlein werden aus **Ewerel** (Kleinast) gemeldet. 3000 Armenier sollen das Leben verloren haben. Debut des neuen Kriegsministers im Reichstage. Er verteidigt den **Wort** des Leutenants **Brisevitz** als „Nothwehr“.
 Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Deutschland und Japan ratifizirt.
 Grubenexplosion in **Heddinghausen** in Westfalen. 32 Mann getödtet.
 Delegirtenstag der deutschkonservativen Partei in Berlin.
 Der preussische Landtag wurde heute eröffnet.
 Streik der Schauerleute in Hamburg. Etwa 3500 im Streik.
 Kongreß der National-Sozialen (**Raumann**) in Erfurt und Gründung des „National-Sozialen Vereins“.
 Streik der Lithographen und Stein-drucker beendet.
 Eine Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz erscheint.
 Eröffnung des Reichstages in Budapest.
 3000 **Ewerel** legen die Arbeit nieder.
 Dr. **Jameson** vorläufig aus dem Gefängnis entlassen.
 Der **Vollkraad** der südafrikanischen Republik beschränkt die Einwanderung.
 Konsumvereine im Reichstage.
Tom Mann zum zweiten Male aus Hamburg ausgewiesen.
 Hamburger Streikende 12 000.
 Im österrichischen Abgeordnetenhaus Debatten über Strafbestimmungen zum Schutze des Vereins-, Versammlungs- und Petitionsrechts.
 Im preussischen Abgeordnetenhaus Konduitenliste für Lehrer kritisiert.
 Der Schweizerische Bundesrath beschließt Einführung eines einheitlichen Zivil- und Strafgesetzes für die Schweiz.
 Neue Skandale in Carmaux.
 In Hamburg streiken 14 000 Hafenarbeiter. — Der Hamburger Senat erklärt den Arbeitern und Arbeitern seine Geneigtheit kund, zu vermitteln.
 Die Zurückziehung der Handwerker-Vorlage wird bekannt.
 Das italienische Parlament eröffnet.
 Die liberalen Gemeinderäthe von **Wien** beschließen, den Sitzungen des (antifemistischen) Gemeinderaths vorläufig fernzubleiben.
 Im Monat **November** wurden Sozialdemokraten von deutschen Gerichten verurtheilt zu 3 Jahren, 5 Monat, 3 Wochen Gefängnis, sowie 5886 M. Geldstrafe.

Dezember
 1. Die Mörder des Justizraths **Levy**, **Werner** und **Grosse**, je zu 15 Jahren Gefängnis, der höchst zulässigen Strafe, verurtheilt.
 Einführung des Proportional-Wahlsystems für den Züricher Kantonsrath verworfen.
 2. Projekt gegen den „Vertrauensmann der politischen Polizei“, **v. Lüchow**, und den „diplomatischen Rechercheur“ **Leckert** beginnt.
 7101 Petitionen um Beseitigung des Duellwesens in der Armee und Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit im Reichstage eingegangen.
 Der Appellations-Gerichtshof verurtheilt die ägyptische Regierung zur Rückzahlung der für die **Dongola-Expedition** gewährten 500 000 Pfund nebst Zinsen und Prozeßkosten.
 Zwei Massenversammlungen der Hamburger Streikenden nehmen das von Senator **Dr. Bachmann** etc. vorgeschlagene Schiedsgericht an. Die Unternehmer lehnen es ab. Es streiken ca. 15 000.
 3. Das österrichische Abgeordnetenhaus fordert die Regierung auf, bei internationalen Streitigkeiten die Lösung im Wege des Schiedsgerichts zu versuchen.

3. Oberst **Liebert** zum Gouverneur von Ostafrika ernannt. Das Kaiserhoch auf dem „**Jitiss**“ und der Hamburger Streik im Reichstag.
 4. Herr von **Marshall's** „Flucht in die Öffentlichkeit“. In Hamburg streiken 17 000 Hafenarbeiter. Generalstreik proklamirt.
Maeco, der Führer der kubanischen Aufständischen, auf einem Marsch gegen Havana gestorben, wie es heißt, durch Mauthel-mord der Spanier.
 5. Abgeordnetenhaus nahm Mindestgehalt der Lehrer mit 900, das der Lehrerinnen mit 700 M. an.
 7. Kriminalkommissar **v. Fausch** wegen Meineids verhaftet. — **Leckert** und **v. Lüchow** zu je 18 Monaten Gefängnis verurtheilt.
 2500 Handelsangestellte beschließen, Reichstag und Bundesrath um Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses zu ersuchen.
 Feier des 25jährigen Bestehens der Deutschen Bühnengenossenschaft in Weimar.
 Botschaft des Präsidenten **Cleveland** an den Kongreß, in der den Spaniern gerathen wird, Kuba die Autonomie zu gewähren. — Der Zustand in Armenien könne nicht mehr lange geduldet werden.
 8. Statistiker **Ernst Engel** in Dresden gestorben. Früher Direktor des preussischen statistischen Bureaus und von **Bismarck** aus dem Amt gehirnt.
 Dampfer **„Salier“** des Bremer Lloyd mit 276 Menschen untergegangen. Angeblich während des Bremer Hafenarbeiterstreiks von Streikbrechern geladen und schlecht verstant.
 In Berlin sechs Massenversammlungen zu Gunsten des Hamburger Streiks.
 9. Die höchste Zahl im Hamburger Streik, 18 000 streikende Hafenarbeiter, wurde erreicht.
 In Barcelona wieder eine Dynamitbombe.
 10. **Robert**, Erfinder des Dynamits, gestorben. Hinterläßt ein Vermögen von 50 Millionen.
 11. Der im französischen Panamaprojekt schon einmal wegen Befehdung zu Gefängnis verurtheilte Minister **Barthaut** ist auf neue verhaftet worden.
 Studentenumruhen in Moskau.
 12. Kommission des Abgeordnetenhauses nahm das Lehrerbefoldungsgesetz an.
 „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ konfiskirt. Der Redakteur verhaftet.
 Explosion von Acetylen in einem Berliner Laboratorium. 4 Tödt, darunter auch ein Genosse.
 13. In Berlin Einweihung des neuen, vom Asylverein für **Obdachlose** gegründeten Asyls für **Obdachlose**.
 14. Beschwerde des Königs **Stumm** über die evangelischen Geistlichen vom Konsistorium in Koblenz als unberechtigt zurückgewiesen.
 15. Die Justiz-Novelle gescheitert. Der preussische Staat hat kein Geld für die ordentliche Befehdung der Richterkollegien.
 Der Kongreß der Vereinigten Staaten von Nordamerika hält eine außerordentliche Session ab. Es werden die kubanischen Angelegenheiten erörtert. — Eine Liga zur Förderung des kubanischen Aufstandes hat sich in Amerika gebildet.
 Die Prozesse, die der Margarinefabrikant **Mohr** gegen zirka 400 Zeitungen anstrengt, beginnen.
 16. General-Amnestie des Sultans für Armenien. 84 zum Tode Verurtheilte sind ausgenommen, die zu Freiheitsstrafen bedingt werden.
 Vertagung des Reichstages bis zum 12. Januar.
 In Oesterreich soll der Zeitungsstempel für nicht öfter als dreimal wöchentlich erscheinende Blätter vom 1. März 1897 ab wegfallen.
 17. Der Kaiser empfiehlt die Koalition aller Arbeitgeber gegen streikende Arbeiter.
 In Washington beantwortet das Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten die Anerkennung der Unabhängigkeit Kubas. Ebenso beschränkt der Senat die Einwanderung Fremder. Kubaner sind von den Beschränkungen ausgenommen.
 18. Kosten des kubanischen Aufstandes für Spanien bis jetzt 480 Millionen Mark.
 Die Hungersnoth in Indien nimmt bedeutende Ausdehnung an. Der Hamburger Senat rath den Ausständigen, die Arbeit aufzunehmen. Nachdem will er versuchen, Mißstände zu beseitigen.
 19. Die Hamburger Hafenarbeiter lehnen in fünf Versammlungen den Vorschlag des Senats ab.
 Parlamentsession in Frankreich geschlossen, nachdem die Dringlichkeit eines Antrages auf allgemeine Abstrichung abgelehnt war.
 20. **v. Carsten**-**Lichterfeld** gestorben.
 21. In Sofia Prozeß wegen der Ermordung **Stambulo**'s.
 Oesterreich-Ungarische Handelsvertrag perfekt.
 22. **Georg v. Bunsen**, liberaler Parlamentarier, gestorben.
 23. Ein **Ulas** bestätigt das Statut der Ostindischen Eisenbahn-Gesellschaft zur Erbauung einer russischen Bahn in Ostasien auf sinesischem Gebiet.
 25. In Rom erscheint das erste sozialistische Tagesblatt, der „**Avanti**“, d. h. „Vorwärts“.
 26. Es wird bekannt, daß der von **Peukert** und **Theodor Reuß** verrathene **John Reue** vor mehreren Wochen im Zuchthaus gestorben ist.
Du Bois-Reymond, berühmter Berliner Naturwissenschaftler, gestorben.
 27. Kongreß der sozialistischen Gemeinderäthe in Brüssel.
 30. Die Berliner Parteigenossen verbreiten eine Agitationsnummer des „**Vorwärts**“ in 100 000 Exemplaren.
 31. Die Börse verläßt die Berliner Produktenbörse, um das Börsengesetz zu umgehen.
 Die Summe der im Monat **Dezember** von deutschen Gerichten über Parteigenossen verhängten Strafen ist noch nicht bekannt. Stellen wir den sich aus den übrigen 11 Monaten ergebenden Durchschnitt von 6 Jahren 6 Monaten Gefängnisstrafe und 2825 M. Geldstrafe ein, so ergibt sich für das Jahr 1896 eine im „Kulturstaat“ Deutschland über unsere Genossen verhängte Gesamt-Gefängnisstrafe von 78 Jahren, 7 Monaten, 2 Wochen und 5 Tagen, sowie eine Gesamt-Geldstrafe von 33 898 Mark.
 Damit werden die Nachhaber ja zufrieden sein.

Kommunales.

Die städtische Deputation für Kunstzwecke hat gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeister Zelle ihre erste Sitzung im neuen Jahr abgehalten. Zwei Angebote von Kunstwerken (die Gruppen „Freunde“ von Ende und „Kugelspielerin“ von Schott) mußten zur Zeit abgelehnt werden, da der Etat (jährlich 100 000 M.), der der Deputation zur Verfügung steht, durch die bereits vorgenommenen Ankäufe und Bestellungen vollständig erschöpft bzw. überschritten ist. Ueber zwei an der Monumental-Bank auf dem Andreasplatz anzubringenden **Naturnotgruppen** aus dem Arbeiterleben wurde definitive Bestimmung getroffen. Für die auf dem Koppelpark zur Aufstellung gelangende Gruppe „**Katzen**“ ist Sandstein als Material bestimmt worden. Von weiteren Beschläffen ist noch hervorzuheben, daß die Deputation bei den Kommunalbehörden die Bewilligung von 12 000 M. zu Ehrenpreisen der Stadt Berlin für die diesjährige Kunstausstellung beantragen wird.
 Der bisherige **Pionier-Uebungsplan** soll infolge der notwendigen Verlegung der Kasernen des Garde-Kürassier-

regiments, sowie infolge der beabsichtigten Ueberbefehdung des Königin Augusta-Garde-Grenadierregiments Nr. 4 von Spandau nach Berlin beauftragt werden dieser beiden Regimenter mit zwei Kasernen besetzt werden. Aus diesem Anlaß ist für die angrenzenden Straßen eine Abänderung der Fluchtlinien nothwendig geworden, für welche der Magistrat jetzt einen Plan aufgestellt hat.

Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am heutigen Tage der Unterricht in beiden Schulen wieder beginnt. Auch für Nicht-Mitglieder ist der Quartalsausgang eine günstige Gelegenheit zum Eintritt. Lehrplan siehe im Annoncen-theil. Ferner machen wir auf das am nächsten Sonnabend den 9. Januar im Lokale von **Hoffmann, Alexanderstr. 27c**, stattfindende 6. Stiftungsfest aufmerksam. Willens werden nur in beschränkter Anzahl an Mitglieder und deren Angehörige ausgegeben. Der Vorstand.

Ueber Bauwesen und Bauhandwerk läßt sich die von **Heinrich Kränkel** herausgegebene Jahresübersicht über Grundbesitz und Hypotheken der Stadt Berlin vernehmen. Die Bauhätigkeit innerhalb des Berliner Reichthums zeigt sich danach von Oktober zu Oktober in 342 Neubauten (267 in 1895) mit einem Versicherungswert von 110 401 100 M. (89 731 400). Die Anzahl aller bebauten Grundstücke betrug am 1. Oktober 1896 23 807 mit einem Gesamt-Versicherungswert von 3 615 602 700 M. Hervorragend beteiligt waren an dem Zuwachs nur der Osten, Nordosten, Norden und Nordwesten der Stadt. Durch die Furcht vor dem Inkrafttreten der **Umsatzsteuer** war der freihändige Besitzwechsel im Jahre 1895 auf 2100 Verkäufe gegen 2050 im Jahre 1894 gestiegen. „Wie berechtigt diese Furcht war,“ so heißt es im Bericht, „zeigt sich dadurch, daß im abgelassenen Jahre 1896 nach vier verlässlicher Schätzung nur noch rund 1800 freihändige Besitzwechsel zu verzeichnen sind.“ Trotz dieses Rückganges ist aber vor kurzem die Erhöhung der Umsatzsteuer von 1/2 auf 1 pCt. der Kaufsumme beschloffen worden. Es kostet also der Ankauf eines Grundstücks in Zukunft rund 2 pCt. an Steuern. Als einzigen Lichtpunkt dieser Verlehrsverschärfung muß man sich die Hoffnung vorstellen, daß der Stand der Hausbesitzer wieder wie vordem schaffig gemacht werden soll. Bezahlung des Kaufstempels und der Gerichtskosten vor der Vollziehung wirkt zwar häufig genug noch für den Ueberschweigen blühend, aber für die Solidität des Hausbesitzerstandes sehr seigreich, indem eben die früher so leichten und beträchtigen Verchiebung von Grundstücken an Strohmänner aufgehört haben.“ Die Anzahl der leerstehenden Wohnungen hat sich trotz großer Bauhätigkeit von 33 800 im Januar 1895 auf 26 000 im Frühjahr 1896 vermindert. Die Mietpreise sind zum Theil gestiegen.

Die von Oktober bis Oktober durchgeführten **Zwangsvorsteigerungen** von Grundstücken innerhalb des Bezirks des Amtsgerichts I Berlin betragen 384 gegen 388 in der gleichen Periode 1894/95 und 440 in 1893/94. Die Zahl von 384 im abgelassenen Jahre würde, wie der Bericht sagt, eine bedeutend geringere sein, wenn es nicht einzelnen Großpächtern gelungen wäre, sich mit ihren 30 bis 40 einzelnen Realitäten bis zu diesem Jahre durchzuschleppen. Durch **Schiedungen** scheinbar Art wurden die Schuldenlasten aber immer größer und der schließlich ausgefallene Zusammenbruch ließ es nicht zu, daß sich die Zahl der diesjährigen Vorsteigerungen verminderte. Angelegt waren von Oktober bis Oktober im ganzen 538 Zwangsvorsteigerungen, durchgeführt aber nur 384, sodas gleich ca. 30 pCt. vor den Terminen aufgehoben wurden. Die infolge Zwangsvorsteigerung ausgefallenen Hypotheken erreichten im verfloffenen Etatjahr wieder die statliche Höhe von rund 44 Millionen Mark gegen 40 Millionen in 1894/95 und 58 Millionen in 1893/94. Recht interessante Zahlen liefern auch die Zwangsvorsteigerungen der Vororte und einzelner anderer Gemeinden, z. B. Charlottenburg 134 (gegen 214 im Vorjahre), Weihensee 73 (82), Nibdorf 39 (41), Schöneberg 44 (91), Pankow 57 (19), Wilmersdorf 27 (40), Friedenau 12 (14), Steglitz 19 (16), Zehlendorf 4 (3), Lichterfelde 37 (18), Tempelhof 1 (5), Potsdam 10 (11), Brandenburg 13 (23), Stettin 89 (83), Breslau 82 (84), Gericke 26 (22), Magdeburg 151 (181), Halle 54 (93), Hannover 77 (79).

Die **Neubelastung** des Berliner Grundbesitzes wird auf 110 Millionen Mark im vergangenen Jahre geschätzt; die Gesamtbelastung beträgt etwa 4 1/2 Milliarden Mark.

Die Rolle, welche die **nominalen Grundstücksbesitzer** und die „**zweiten Hypothekengläubiger**“ in modernen Bauwesen spielen, wird humoristisch in folgenden Worten erklärt: „An der Beleuchtungsarbeit des vergangenen Jahres waren die erstklassigen Institute nur wenig beteiligt. Um so aufzufälliger wurden aber die erstklassigen Beleuchtungen besprochen, welche in der That den Verkaufswert des Grundstücks erreichten und auch überschritten, so daß den eingetragenen Besitzern nur noch die Rolle eines durch den Ueberfluß manchmal gut aber auch manchmal schlecht dotirten Verwalters verbleibt. Selbstverständlich wird dann noch nach Unerfahrenen für eine zweite Hypothek gesucht, oder das hoch belastete Grundstück wird gegen ein mäßig belastetes veräußert. Zweite und fernere Eintragungen zu erwerben wird von Jahr zu Jahr gefährlicher und kann kaum noch ohne sachverständiges Gutachten kaufmännischer Berater von Privatnen ausgeübt werden.“

An diesen, den Bauhandwerk und Bücher klassisch charakterisirenden Bericht schließt sich mit origineller Logik die Prophezeiung: „Der Berliner Grundbesitz geht den nächsten Jahren mit allen Hoffnungen auf erneuten Aufschwung entgegen, und ist den Besitzern nur anzurathen, an ihrem Besitz festzuhalten und die Zeit besserer Rente wird für die Mühen und Sorgen der letzten Jahre reichlich entschädigen.“ — Auf Kosten der kleineren Mieter natürlich!

Den braven staatsverhaltenden Bäckermeistern ist es von Zeit zu Zeit ein Bedürfnis, sich ihrer Gesetzeüber-tretung zu rühmen. Sie gleichen in diesem Punkte den gleichfalls staatsverhaltenden Duellisten; wie diese sich um ihrer Lumpen wegen willen dem geschriebenen Gesetze und allen menschlichen Ehrbegriffen zum Hohn gegenseitig niederknallen, so suchen auch die übermüthigen Innungsbrüder gesittlich zu Ehren der heutigen Ordnung der Dinge dem Gesetze ein Schnippen zu schlagen. Eines der Blätter, deren Arbeiterfeindlichkeit ebenso notorisch ist, wie ihre Gesetze-liebe, die „**Voss. Ztg.**“ nämlich nimmt mit Behagen von folgender Meldung Kenntniß:

„In den eben vergangenen Weihnachtsfesten fand die erste Festtags-Bäckerei unter dem Maximal-Arbeitstage statt. Wie das Berliner Bäckerinnungs-Organ schreibt, dürfte es in Berlin keine Bäckerei geben, in der die achtstündige ununterbrochene Ruhezeit eingehalten werden konnte, und in ganz Deutschland dürften — mit Ausnahme der Meister, die ohne Hilfskräfte arbeiten — noch nicht 5 pCt. sein, die diese Bestimmungen nicht übertreten hätten. Demnach müßten, wenn es nach dem Buchstaben der Verordnung ginge, mehr als 50 000 deutsche Bäckermeister auf die Anklagebank, weil sie dem Publikum den erforderlichen Festtags-Brot nicht liefern. Wenn die Bäckergehilfen, meint das Innungsorgan, jetzt der Wahrheit die Ehre geben und in ihren Versammlungen ebenso sprechen wollten, wie sie es bei Gelegenheit der Festtags-Bäckerei in den Backstuden thaten, nämlich, daß es „eine Unmöglichkeit sei, die Bestimmungen über den Maximalarbeitszeit einzuhalten“, dann würde man in Regierungskreisen doch wohl etwas ruhig werden.“
 Es ließe sich über die Nothwendigkeit von Gesetzeüber-tretungen ja reden, und wir Sozialdemokraten, die wir auf **Bismarck** und sein Sozialistengesetz bekanntlich gekiften haben, sind am allerwenigsten von der Art, die stramm parirt. Aber über die sittliche Verwerflich-

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Mittwoch, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, 240/7
 im Lokale des Herrn Brochnow, Sebastianstrasse No. 39:
General-Versammlung.
 Büllets zum Stützungsfest sind in der Versammlung zu haben.
 Um zahlreiches Erscheinen ergeht
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin).
 Mittwoch, den 6. Januar, abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen für den
Süd-Osten im Lokal von Rautenberg, Oranienstraße 180;
Osten im Lokal von Heise, Nützenbergerstraße 21;
Wedding und Gesundbrunnen bei Raabe, Kolbergerstr. 23 (oberer Saal).
 Hierzu sind eingeladen die Kollegen von Zeutschel, Schulstr. 51; Gebr. Schön, Chausseestr. 30, speziell die Kollegen Grünow, Fritz Richter, Watsomi, Klotz, Geize und Paape, sowie der Bauarbeiter Fritz Umrath.
 Die Mitglieder der **Verfätsst-Kontrollkommission** werden ersucht, um 7 1/2 Uhr im Lokal zu erscheinen.

Wesien und Süd-Wesien im Lokal von Zubeil, Lindenstr. 106;
 Die Verfätsst-Kontrollkommissions-Mitglieder selber beziehe werden ersucht, vollständig zu erscheinen. — Aus der Verfätsst von Reuter, Steinmeyerstraße 24, sind die Kollegen Drogig, Stadrich und Wiemann eingeladen.
Moabil, Thurmstraße 84. ©

Parquetbodenleger bei Zubeil, Lindenstr. 106, mit den Kommissionsmitgliedern.
 Die Kollegen der Firma Kampmeier und der Kollege Weidemat sind eingeladen.
 Tagesordnung: Lohn- und Verfätsstverhältnisse.
Drechsler, heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
 Tagesordnung: 1. Die Pflichten der Vertrauensmänner. 2. Verfätsstangelegenheiten.
Bürstennmacher, Sonnabend, den 9. Januar, abends 8 Uhr, bei Babel, Rosenthalerstr. 57.
 Besonders eingeladen sind die Kollegen von Endemann, Bernauerstr. 79, H. Böhms, Kaserstr. 132.
 Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.
 Am Dienstag, den 5. Januar 1897, abends 8 1/2 Uhr, in den „Viktoria-Sälen“, Hermannstraße 49:
Bezirks-Versammlung für Rixdorf.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Der Werth der Verkürzung der Arbeitszeit.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. (Neuwahl der Bezirksleitung.) 114/9
 Am Mittwoch, den 6. Januar 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Rautenberg, Oranienstr. 180:
Bezirks-Versammlung für Süd-Osten (Görlitzer Viertel).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen G. Wagner. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
 Am Sonnabend, den 9. Januar 1897, abends 8 1/2 Uhr, bei Oß, Schöneberg, Brunenwaldstraße 110:
Bezirks-Versammlung für Westen und Schöneberg.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Jöhl über: „Die Entbedung des Nordpols.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. (Neuwahl der Bezirksleitung.)
 Gäste willkommen! — Zahlreiches Erscheinen erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Zimmerer!
Große öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins u. Umg.
 Mittwoch, den 6. Januar 1897, abends pünktlich 8 Uhr, in Cohn's Festsälen, Brühlstr. 20/22.
 Tages-Ordnung: 256/17
 1. Wie gedenken wir im Jahre 1897 unser öffentliches Sammelwesen zu gestalten und wie erhalten wir uns unsere Erwerbsloshosten im neuen Jahre? 2. Verschiedenes.
 Es ist Pflicht unserer Berufsgenossen, diese Versammlung rege zu betheiligen.
 Die Lohnkommission.

Große öffentliche Versammlung der Schmiede und Berufsgenossen Berlins und Umgegend
 am Mittwoch, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen sich die Schmiede Berlins zu dem Zusammengehen sämtlicher Metallarbeiter? 2. Diskussion und eventuel Wahl eines Vertreters in die Lehner-Kommission. 3. Abrechnung vom Mat.-Fonds. 4. Verschiedenes.
 Der Vertrauensmann.
 176/4

Achtung! Töpfer.
 Mittwoch, 6. Januar, abends 6 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung des Vereins der Töpfer Berlins und Umgegend.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über den Rückbau des Mendens. 2. Kasierbericht. 3. Gewerkschaftliches.
 Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
 Der Vorstand.
 190/3

Achtung! Putzer. Achtung!
 Mittwoch, 6. Januar, abends 6 Uhr, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung der Putzer Berlins u. Umg.
 Tages-Ordnung:
 Die Lohnunterschieden auf dem Bau von Bachmann und Zander, Burg- und Volkstraße. 132/14
 Es ist Pflicht der Kollegen, jeden Bau durch einen Deputierten vertreten zu lassen.
 Ferner diene den Kollegen zur Kenntnis, daß der Fuhrwerksführer und Schablonenmacher Eckert seinen großen Gebau dem Putzmeister Schatz übertragen hat.
B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porzänsocialistischer Fuhrer, Laßalle, März etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisliste!)
 Verantwortlicher Redakteur: August Jacobson in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Achtung! Große öffentliche Versammlung
Maurer- und Bauarbeiter-Versammlung
 am Mittwoch, den 6. Januar 1897, abends 8 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnbewegungen der Bauhandwerker im Jahre 1896 und welche Aufgaben erwachsen den Maurern und Bau-Arbeitsleuten im Jahre 1897?
 Ref.: H. Silberschmidt, Maurer; Ernst Gutsch, Bauarbeiter.
 2. Diskussion. — Alle Maurer und Bau-Arbeitsleute sind verpflichtet, in der Versammlung zu erscheinen.
 Die Einberufer.

Schuhmacher!
 Dienstag, den 5. Januar 1897, abends 8 Uhr:
Grosse öffentliche Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen wir uns zu dem vom Verein der Schuh- und Schäfte-Fabrikanten gegründeten Arbeitsnachweis mit schwarzen Listen? 2. Die Zustände in den Fabriken von Bertel, Kallmann und Glaser. 3. Verschiedenes. — Kollegen, siehe teiner in der Versammlung. 171/12
 Die Agitations-Kommission.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.
 Montag, den 11. Januar, abends präzise 8 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain:
Übungsstunde.
 Gebitt werden folgendelieder: 1. Weltensriede. 2. Festgefang. 3. Frühlingstanz. — Sämtliche Vereine werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.
 Im Nebenmale während der Übungsstunde: Ausschuss-Sitzung. Tages-Ordnung: 1. Aufnahme von Vereinen. 2. Abrechnung vom Sängerfest. 3. Beschlußfassung über die gefällten Anträge (1. Hilfslos). 4. Verschiedenes. — Sämtliche Ausschussmitglieder müssen zur Stelle sein. 16/9
 Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Schule
 Lehrplan für das Winterhalbjahr 1896/97.

Unter-richts-fach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Nord-Schule Brunnen-Str. 25	Süd-Ost-Schule Waldemarstr. 14
National-Oekonom.	Entwicklung der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. — Die Marx'sche Werth- und Mehrwerththeorie.	Dr. Conrad Schmidt	Dienstag	Sonnabend
Ge-schichte.	Griechische u. römische Geschichte.	Dr. Carl Pinn	Donners-tag	Mittwoch
Deutsch	Die Literatur der Gegenwart. — Lektüre eines modernen Dramas. — Aufsatzlehre.	Heinrich Schulz	Mittwoch	Dienstag
Natur-Erkennt-niss	Die Einwirkung des Menschen in das Natur-ganze (Lamarck-Darwin). — Das Seelenproblem. — Atonismus und Materialismus. — Grenzen der Naturerkenntnis.	Dr. C. Jöhl	Sonnabend	Freitag
Rede-Übung	Lehre vom technischen Aufbau eines Vortrags. — Übungen im Diskutieren.	Heinrich Schulz	Freitag	Donners-tag

Fortschrittscurse, abwechselnd 14tägig, Sonntags vormittags, Brunnenstrasse 25, in **Nationalökonomie** und **Rede-Übungen**.
 Der Unterricht beginnt Wochentags pünktlich um 9 Uhr abends und endet pünktlich um 10 1/2 Uhr.
 Vom 15. Januar an: Unentgeltliche Benutzung der Leseshalle, Brunnenstr. 25.
Sonstige bildende Veranstaltungen
 in swanglosen Zwischenräumen:
 Vortragsabende. — Dichterabende. — Konzerte. Theater-Vorstellungen. — Besuch wissenschaftlicher und künstlerischer Institute.
 Der Mitgliedsbeitrag sowie das Unterrichtsgeld für jedes belegte Unterrichtsfach beträgt monatlich je 25 Pf. Aufnahme neuer Mitglieder (am besten bei Beginn jedes Semesters im April und Oktober), sowie die Zahlung der Beiträge erfolgt in beiden Schulen und in den nachstehend verzeichneten Zahlstellen:
 SO. Schulung, Köpplerstr. 68. Südost-Schule, Waldemarstrasse 14. Schulz, Admiralstr. 40a. SW. Grube, Mariendorferstrasse 5. Kassler, Junkerstr. 1. W. Werner, Bülowstr. 59. N. Nord-Schule, Brunnenstr. 25. Burghause, Putbusstr. 32. Gleinert, Müllerstr. 7a. Babel, Rosenthalerstr. 57. NO. Reul, Barnimstr. 42. NW. Blankenfeld, Stendalerstr. 42.
 Briefe, Anfragen und Zusendungen etc. sind an den Vorsitzenden, Schriftsteller Heinrich Schulz, Berlin SO. 16, Kaiser-Franz-Grenadierplatz 7, Geldsendungen an den Kassierer, Buchdrucker H. Königs, Berlin S. 59, Dieffenbachstr. 30, zu richten.
 Der Vorstand.

Künstliche Zähne. J. Kellermann, Neue Jakobstraße Nr. 26.
Möbel auf Theilzahlg. J. Kellermann, Neue Jakobstraße Nr. 26.
Speck, Schweinefett, gepöckelt o. Knochen à Pfd. 55 Pf. Schinken à Pfd. 63 Pf. bei 5 Pfd. à Pfd. 60 Pf. Schinken à Pfd. 55 Pf. an. — Bei ganzen Wurst: Thüringer Nordwurst à Pfd. 55 Pf. Halle'sche Zwiebelwurst à Pfd. 55 Pf. f. Leberwurst à Pfd. 75 Pf. Westfälische Wurstwurst à Pfd. 55 Pf. Westfälische Schinkenwurst à Pfd. 1 R. Braunschweiger Wurstwurst à Pfd. 80 Pf. Cervelat- und Salamiwurst à Pfd. an.
 E. Klähn, Köpplerstr. 163, 2. Geschäft: Chausseestr. 27. Telephone IV, 5151.

Krankentasse für die Beamten der Orts-Krankentassen zu Berlin (G. S. 108).
 Mittwoch, den 13. Januar 1897, abends 8 Uhr, Straauerstr. 57 bei Riegel:
Ordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Jahresbericht pro 1896 und Bericht der Revisoren.
 2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
 3. Wahl der Revisoren für 1897.
 4. Mitteilungen über das rechtliche Status.
 5. Verschiedenes.
 Der Vorstand.
 21276

Achtung! Metallschleifer!
 In der Sonntagnummer 58. Bl. erschien ein Inserat, wonach die sämtlichen Schleifer unserer Abtheilung II wegen Lohnabzügen von 30 pSt. und mehr die Arbeit nieder-gelassen hätten. 21296
 Wir stellen dies dahin richtig, daß wir von 6 Schleifern der genannten Abtheilung 4 Mann entlassen mußten, weil sie abgeänderte Arbeiten zu den von uns für dieselben reichlich bemessenen Akkordlöhnen nicht über-nehmen zu können erklärten.
F. Butzke & Co., Aktiengesellschaft für Metall-Industrie.
 Stempel-Fabrik von Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.
Wohrere tausend feste Kunden! Hier zum Selbstabholen!
 Böhme'sche Malzbier-Brauerei 19 Kolbergerstraße 19, verbindet von 5 Uter frei in's Haus: Malzbier pro Liter 10 Pfennige. Weisbier 10 Pfennige.
 Herzlich empfohlen! Tägl. Jungbierverk. d. reichl. Markt.
 Stempel-Fabrik von Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

Stempel-Fabrik von Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

Wohrere tausend feste Kunden! Hier zum Selbstabholen!
 Böhme'sche Malzbier-Brauerei 19 Kolbergerstraße 19, verbindet von 5 Uter frei in's Haus: Malzbier pro Liter 10 Pfennige. Weisbier 10 Pfennige.
 Herzlich empfohlen! Tägl. Jungbierverk. d. reichl. Markt.

Strickmaschinen
 aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten u. ein leichter Erwerbsgewinn f. Männer, Frauen u. Frauen-Gehilfen. Erlernen leicht und gratis. Arbeit u. nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikspreisen. Lager bei dem Vertreter H. Gomburger, Dölling-geißstraße 49, Berlin, Nachmittags.
Lanolinseife!
 macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stck Lanolinseife und ein reines Handtuch liefern ich 1. 10 Pf. v. Woche. Handtuch-Verleib-Juch 2. Niquier. Neue Königsstr. 17. Fernsprech-Nr. VII. Nr. 2087.

6 Pfund Brot für 50 Pfg. Albrecht's Bäckerei, Waldenstraße 28. Langestr. 26. Drangelstr. 8. Kaufvertr. 2.
 Freunden u. Bekannten empfehle mein **Weiß- u. Weizenbrot-Lokal** Billard u. Vereinszimmer u. Piano, für Zahlstellen etc. geeignet. (7400)
Oswald Grauer, 53 Louise-Platz 53 früheres Koblentz-Platz.

Achtung! Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.
 Der Parterre-Saal ist Sonntag, 7. März, Sonntag, 14. März, Sonntag, 21. März, Sonnabend, 27. März und Sonntag, 28. März 1897 zu Verfammlungen und Tanz frei.

Im Anschluß an meine Anzeige vom Sonntag, den 3. d. Mts., findet die Beerdigung meines verstorbenen Mannes heute, Dienstag, nachm. 3 Uhr auf dem Schöneberger Kirchhofe in der Kaystraße statt.
 21265 Wwe. Wärtches.
 Den Parquetbodenlegern zur Nachricht, daß der seit Jahren fruchtbar Kollege Maerdschied verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag Nachmittags 3 Uhr auf dem Schöneberger Kirchhof in der Kaystraße statt. 21285 Seine Kollegen.

Verband der Buchbinder etc.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kartonarbeiter **Georg Grothe** am 1. Januar nachts an der Lungenerkrankung verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Gemeinde, Weihensee, Falkenbergstraße, aus statt.
 Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Monteur **Ludwig Müller** nach schwerem Leiden am 4. Januar gestorben ist.
 Die trauernden Hinterbliebenen: **Anna Müller** nebst Kindern u. Eltern.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Gemeinde, Weihensee, Falkenbergstraße, aus statt.
 21285
 Ihre feinen Gedanken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Gemeinde, Weihensee, Falkenbergstraße, aus statt.
 Um rege Betheiligung ersuchen Die Kollegen v. Gd. Jacobsohn.

Karton-Arbeiter!
 Am 1. Januar, nachts, verstorben unser Kollege **Georg Grothe** an Lungenerkrankung. 21285
 Ihre feinen Gedanken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Gemeinde, Weihensee, Falkenbergstraße, aus statt.
 Um rege Betheiligung ersuchen Die Kollegen v. Gd. Jacobsohn.
 21286
Dankagung. 21306
 Für die liebevolle Theilnahme und für die Kräfte, die bei der Beerdigung meines übergelebten Mannes (siehe in allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Gemüthslichkeit“ und dem Zentralverband der Maurer Deutschlands (Hauptstelle Berlin D) meinen herzlichsten Dank.
 Wwe. Marie Zugowski.

Kranzbinderlei u. Blumenhandlung Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2. Blumenkränze, Guirlanden, Ballkränzen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.
Blumenhandlung Berlin SW., P. Abromeit, Blücherstr. 14. Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. Billigste (Marktthallen) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Sophastoffe
 auch **Reife**
 in Nips, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelins und Plüsch (portbillig!)
 in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Cranienstr. Nr. 158.

Achtung! Künstliche Zähne von 3 R. an, Theilz. wochentl. 1 R., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Perforieren bei Befestigung umsonst.
Guckel, Kaufgüterpl. 2, Gasserstr. 12, Steglitzerstr. 71 I.
Broekhaus, Meyer's Lexikon, Brehm's Thierleben, ganze Bibliotheken, Klaffler besetzt und faust Antiquariat Koentiglerstr. 11/12. Fernsprecher.
 Ein leeres zweifelh. Zimmer u. vermieten. Bredbin, Holzmarktstr. 37.
 Eine Schlafstelle zu verm. Fortstr. 48, p. 2 Tr. Ww. Gerde. 21226

Arbeitsmarkt. Achtung! Vergolder!
 Die Sperre über die Firma Gufenbed, Alte Jakobstraße Nr. 26, dauert bis auf weiteres unverändert fort. Nicht eines jeden Kollegen ist es, die Firma zu meiden.
 Gleichzeitig werden die Kollegen aufgefordert, kräftig auf unsere Agitationsblätter zu zeichnen zur Unterstützung für die Hamburger Hafenarbeiter.
 225/7 Die Agitationskommission.
 Ein Pressvergolder findet angenehme und dauernde Stellung bei **Robert Glucke,** 21256 Friedrichstraße Nr. 52.
Kolporteurs
 für Bilder, Spielgel, Handlegen, bei hoher Provision, verl. in der Rahmenfabrik Melandthorstr. 18. 21156
 Verführer u. Verführerinnen verl. H. Biering, Koloniestraße 5.
 Bading in Berlin.

Direct von Aachen!
 dem durch seine vorzüglichen Tuchwaren bekannten **ersten** Fabrikort Deutschlands, versenden wir zu **hervorragend billigen Preisen Herren-Anzug- u. Paletotstoffe**, von den **einfachsten** bis zu den **hochmodernsten**, für jeden Geschmaack passend, in **tadelloser reeller Waare. Anerkennungs-schreiben** in grosser Anzahl aus fast allen Städten Deutschlands beweisen unsere **Reellität und Leistungsfähigkeit.** Vorzügliche **Musterauswahl franco** — ohne Kaufverpflichtung — an Jedermann.
 Unsere seit Jahren bekannten und bewährten sind wieder vorrätig und werden trotz der hohen Wollpreise wie bisher **3/4 Meter** schwarz, blau oder braun zu einem moder-nen, gediegenen Anzuge für **10 Mark!** geliefert. (Zahllose Empfehlungen.)
Wilkes & Cie., Tuchindustrie Aachen Nr. 78. Man bittet genau zu adressieren.